

**MARXISTISCHE  
BLÄTTER** \*Seit 1963\*  
[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)

**MASCH-Skripte**



**Vladimiro Giacché**

# **Wirtschaft und Eigentum – Staat und Markt im heutigen China**

# www.MASCH-Skripte.de

Wir veröffentlichen im Internet Vorträge marxistischer Bildungsveranstaltungen als MASCH-Skripte. Die Anlehnung an die alte, in den 1970er Jahren gegründeten MASCH (»Marxistische Abendschulen«) im Rahmen der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) ist gewollt. Denn Bildungszirkel in der Traditionslinie »Marxismus für die A-Klasse« sind nach 1989/90 nie ganz verschwunden und – was wichtiger ist – seit einiger Zeit auch unter diesem »Markenzeichen« wieder stärker im Kommen. Um diese Form der Weiterbildung zu fördern, veröffentlichen wir zum kostenlosen Download Vorträge, die von Autorinnen der Marxistischen Blätter bei MASCH-Veranstaltungen gehalten wurden.

Referenten und Referentinnen, die uns weitere Vorträge für die Veröffentlichung zur Verfügung stellen wollen, wenden sich bitte an Lothar Geisler (Tel. 0201 | 23 67 57) oder per E-Mail: LoG@neue-impulse-verlag.de

## Vorträge

<i>Willi Gerns</i>	Die Imperialismustheorie Lenins und der heutige Kapitalismus
<i>Willi Gerns</i>	Lenins Werk »Was tun?« und Fragen des Klassenbewusstseins heute
<i>Robert Steigerwald</i>	Material zum Thema Klassenbewusstsein
<i>Hans Hautmann</i>	Der Streik als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung
<i>Wolfgang Richter</i>	Die Stadt und der Kapitalismus
<i>Beate Landefeld</i>	Finanzgetriebener Kapitalismus – Was macht eigentlich die Bourgeoisie?
<i>Thomas Metscher</i>	Realismus – zur musikalischen Ästhetik Dmitri Schostakowitschs
<i>Nina Hager</i>	Revolutionen – immer noch Lokomotiven der Weltgeschichte?
<i>Andreas Wehr</i>	Europa als Nation?
<i>Mario Candeias</i>	Neoliberal ist asozial – und trotzdem mehrheitsfähig?
<i>Wolfgang Richter</i>	Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition
<i>Anton Latzo</i>	Zur Antikommunismus-Resolution des Europarates
<i>Willi Gerns</i>	Zum Verhältnis von Reform und Revolution – Grenzen und Möglichkeiten des Kampfes um Reformen heute
<i>Robert Steigerwald</i>	Warum und wie sollten Marxisten sich um Naturwissenschaft kümmern?
<i>Robert Steigerwald</i>	Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht
<i>Martin Schlegel</i>	Staatsverschuldung
<i>Manfred Scharinger</i>	Krankheit und Gesundheit bei Marx und Engels
<i>Werner Goldschmidt</i>	Varianten des Postkapitalismus – Ein Literaturbericht (Teil 1–3)
<i>Thomas Metscher</i>	Von der Notwendigkeit der Utopie in finsternen Zeiten
<i>Holger Wendt</i>	Der lange Marsch der »Neuen Marxlektüre« ( <i>vergriffen</i> )
<i>Ralf Jungmann</i>	Verdrängung und Diskreditierung
<i>Uwe-Jens Heuer</i>	Demokratie-Thesen (1987)
<i>Hans Heinz Holz</i>	Lenins philosophisches Konzept

*Vladimiro Giacché*

**Wirtschaft  
und Eigentum –  
Staat und Markt  
im heutigen China**

# Inhalt

1.	Die Zahlen eines außergewöhnlichen Erfolgs . . . . .	5
2.	Die erste Phase: 1949–1978. Mao und der Aufbau des »sozialistischen Grundsystems« . . . . .	7
3.	Die zweite Phase: von 1978 bis heute. Dengs Wendepunkt und die »Politik der Reform und Öffnung« . . . . .	13
4.	Vertriebs- und Eigentumsformen im heutigen China . . . . .	19
5.	Staatliche Unternehmen und die Rolle des öffentlichen Eigentums . . .	24
6.	Die »sichtbare Hand« des Staates und die Entwicklungsstrategie . . .	35
7.	The Clash of Names. China: Kapitalismus oder Sozialismus? . . . . .	39
8.	Vergleich mit den Merkmalen der Übergangsgesellschaft und der ersten Phase des Kommunismus nach Marx . . . . .	40
9.	Die Probleme der Definition nachrevolutionärer Gesellschaften: drei zentrale Punkte . . . . .	50
10.	Lösungen des Problems: Übergangsgesellschaft, Sozialismus als relativ eigenständige Gesellschaftsformation und »Primärphase« des Sozialismus . . . . .	57
11.	Fazit . . . . .	62

---

Vladimiro Giacché

# Wirtschaft und Eigentum – Staat und Markt im heutigen China

## 1. Die Zahlen eines außergewöhnlichen Erfolgs

Wer die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft nur anhand der Berichte von Finanzanalysten verfolgt, würde ein Bild bekommen, das sich wie folgt zusammenfassen lässt: *China ist das Land, das im nächsten Jahr sicher in die Krise gehen wird*. Es gab in den letzten zwanzig Jahren praktisch kein Jahr, in dem nicht eine harte Landung, d. h. eine schwere Rezession, für die chinesische Wirtschaft vorausgesagt wurde.

Zumindest bis jetzt war es ganz anders. Die jüngste Wirtschaftsgeschichte Chinas, wenn man sie anhand der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren verfolgt, ist die Geschichte eines außergewöhnlichen Erfolgs, genauer gesagt, das Beispiel des historisch beeindruckendsten Aufholens eines rückständigen Landes. Branko Milanović bezeichnete die jüngste wirtschaftliche Bilanz Chinas als »die beste in der gesamten Menschheitsgeschichte«.<sup>1</sup>

Ein paar Indikatoren: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 1949 um das 123-Fache gewachsen.<sup>2</sup> Das Pro-Kopf-BIP, das 1949 bei 23 Dollar lag, erreichte 2016 9.000 Dollar.<sup>3</sup> China ernährt heute 20%

1 B. Milanović, *Capitalism, alone. The Future of the System that Rules the World*, the Belknap Press of the Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts u. London, England, 2019, S. 73.

2 Zu konstanten Preisen von 1952: vgl. R. Herrera, Z. Long, *La Chine est-elle capitaliste?*, Paris, Éditions Critiques, 2019, S. 124.

3 E. Krenz, *China. Wie ich es sehe*, Berlin, Edition Ost, 2018, S. 38.

der Weltbevölkerung mit 10 % der Ackerfläche. Seit 1978 sind in China 700 Millionen Menschen aus der Armut herausgekommen (das sind 70 % der weltweiten Reduzierung in diesem Zeitraum); das Ziel der vollständigen Beseitigung der Armut (bis 2020) scheint nun in Reichweite zu sein. Die Lebenserwartung bei der Geburt ist von 35 Jahren im Jahr 1949 auf 76 Jahre im Jahr 2015 gestiegen. Nicht weniger beeindruckend ist der Fortschritt bei der Alphabetisierung: 1949 waren 80 % der chinesischen Bevölkerung Analphabeten, die Einschulungsrate der Kinder lag unter 20 %. Im Jahr 2015 stellte sich die Situation wie folgt dar: Die Einschulungsrate der Kinder im Grundschulalter betrug 99,88 %, die 9-jährige Schulpflicht deckte 93 % der Kinder ab und weiterführende Schulen besuchten 87 % der Kinder; die Einschulungsrate an den Universitäten liegt nahe an der mittlerer Industrieländer und die Beschäftigungsquote der Absolventen liegt bei 90 %.<sup>4</sup>

Die Geschichte der VR China lässt sich in zwei Makroperioden einteilen: von 1949 bis 1978 (die »maoistische« Periode) und von 1978 (d. h. vom Beginn der von Deng geförderten »Politik der Reform und der Öffnung«) bis zur Gegenwart. Die zweite Periode stellt, wie wir wissen, einen wichtigen Wendepunkt gegenüber der ersten dar. Aber auch die *Elemente der Kontinuität* sollten nicht vergessen werden.<sup>5</sup> Tatsächlich gelingt es dem Erfolg der Politik der »Reform und Öffnung«, einige Aspekte der in der ersten Periode konsolidierten chinesischen Wirtschaft zu nutzen (insbesondere die

4 Angaben nach *The Right to Development: China's Philosophy, Practice and Contribution*, China's State Council Information Office, 2. Dezember 2016, zit. bei D. Bertozzi, *Tra Mao e Deng: due eredità su Xi Jinping*, in *La Cina della Nuova Era. Viaggio nel 19° Congresso del Partito Comunista Cinese*, F. Giannini, F. Maringò (Hg.), Napoli, La Città del Sole, 2018, S. 42 f.

5 Diesen Aspekt betonen R. Herrera, Z. Long, *La Chine...*, a. a. O., *passim*, 2019 und Z. Jiamu, *Several Issues of Deepening the Concept of Socialism with Chinese Characteristics*, in *Frontiers of World Socialism Studies. Yellow Book of World Socialism 2013*, L. Shenming (Hg.), Istanbul – Berlin – London – Santiago, Canut International Publishers, Bd. 2, 2013, S. 29.

Planung, die Verstaatlichung des Bodens und die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen, aber auch die Fortschritte bei der Alphabetisierung). Auch aus diesem Grund konnte der amtierende Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, feststellen, dass die beiden Phasen »enorme Unterschiede aufweisen«, aber »nicht im Gegensatz zueinander stehen«, und dass man »die eine nicht dazu benutzen kann, die andere zu verleugnen, und umgekehrt«.<sup>6</sup>

Jede der beiden Makro-Perioden kann natürlich weiter in verschiedene Phasen unterteilt werden, aber darauf müssen wir hier verzichten.<sup>7</sup> Auch von den Hauptperioden kann ich nur ein knappes Schema geben, das sich auf die Schlüsselemente bezieht.

## ***2. Die erste Phase: 1949–1978. Mao und der Aufbau des »sozialistischen Grundsystems«***

Die Grundelemente der ersten Phase der chinesischen Wirtschaft nach 1949 sind die Agrarreform, die Verstaatlichung der Unternehmen, die beschleunigte Industrialisierung und generell der Aufbau einer zentralisierten Wirtschaft.

Die *Verstaatlichung der Unternehmen* in einer ersten Phase (1949–1956) betrifft nur ausländische Konzessionen und »bürokratisches Monopolkapital«, dagegen nicht Industriebetriebe und Handelsunternehmen im Besitz einheimischer Kapitalisten. Ab 1956 orientiert die Kommunistische Partei auf eine *beschleunigte Industrialisierung* auf der Grundlage einer *zentralen Planung* und der Bevorzugung der Schwerindustrie nach sowjetischem Vorbild. Diese Strategie, die sich auch aus dem militärischen Verteidigungsbedarf ergibt, ist in der

6 Xi Jinping, *Governare la Cina*, 2014; tr. it. Firenze, Giunti – Foreign Languages Press, 2016, S. 27.

7 Siehe dazu R. Herrera, Z. Long, *La Chine...*, a. a. O., S. 21 ff. sowie, was die Zeit nach 1978 angeht, Chen Enfu in *Interviste ai marxisti cinesi Chen Enfu, Deng Chundong, Lv Weizhou*, F. Maringò (Hg.), Bari, Edizioni Marx Ventuno, 2017, S. 9 f.

Tat eine Importsubstitutionsstrategie (wobei nicht nur Konsumgüter, sondern bereits Maschinen zu deren Herstellung ersetzt werden sollen). Typischerweise beinhaltet diese Art von Strategie die Notwendigkeit, die Zinssätze niedrig zu halten, die nationale Währung überzubewerten und künstlich niedrige Preise für Produktionsfaktoren und Grundbedürfnisse festzulegen.<sup>8</sup> Im gleichen Jahr 1956 wird die vollständige Verstaatlichung der Industriebetriebe erreicht, was auch der auf die Priorität der Schwerindustrie ausgerichteten Entwicklungsstrategie entspricht.<sup>9</sup> In dem sich etablierenden zentralisierten Wirtschaftsmodell gibt es keine Autonomie der Unternehmen und ihrer Manager gegenüber dem zentral beschlossenen Plan.

Die drei wesentlichen Merkmale des Wirtschaftssystems vor der Reform von 1978 waren demnach: verzerrte Preise, zentralisierte/geplante Zuteilung von Ressourcen, fehlende Autonomie der Manager. Diese Merkmale, deren Grenzen wir bald sehen werden, waren durchaus rational, was das gesetzte Ziel betraf, in einem Kontext – wie dem damaligen China –, in dem es galt, Ressourcen für die *kapitalintensive* Schwerindustrie zu mobilisieren.<sup>10</sup>

Die Entwicklungen in der Landwirtschaft sind im gleichen Kontext zu sehen.

Ausgangspunkt ist die *Agrarreform*. 1952 wurden die Grundbesitzer enteignet, Grund und Boden verstaatlicht und an die Bauern

8 Zu den Grenzen dieser Strategie siehe J. Y. Lin, *Demystifying the Chinese Economy*, Cambridge, Cambridge University Press, 2012, S. 71–73. Besonders die Verzerrung der Preise (also die Unterdrückung des Mechanismus der Preisbestimmung über den Markt), stellt Lin fest, führe zu »shortage«, Mangel an Gütern, wie von János Kornai in seinem *Economics of Shortage*, Amsterdam, New Holland, 1980 dargestellt; doch Lin meint, dass Kornai irre, wenn er dieses Merkmal der »Natur des Sozialismus« zuschreibe: Erscheinungen von »shortage« gebe es tatsächlich nicht nur in sozialistischen Ländern, sondern auch in anderen, die eine Strategie der Importsubstitution verfolgt haben (siehe J. Y. Lin, *Demystifying...*, a. a. O., S. 76 f.).

9 Ebd., S. 78 f.

10 Ebd., S. 80.

verteilt (wie schon vorher, noch vor der Eroberung der Macht in ganz China, in den von den Kommunisten eroberten Gebieten). Das bleibende Erbe der Agrarpolitik unter Mao wird folgendes sein: Der Boden ist Eigentum des Staates, der ihn den Bauern zum Nießbrauch überlässt.

In den 1950er Jahren wurde jedoch etappenweise ein weiterer Schritt unternommen: die *Kollektivierung der Landwirtschaft*. Sie verlief parallel zur Einführung des Staatsmonopols für den Ankauf von Weizen und Baumwolle zu festen Preisen im Jahr 1953, und dann ab 1954 auch für andere landwirtschaftliche Güter. Diese Güter bestimmen wesentlich mit über den Preis eines grundlegenden Produktionsfaktors, nämlich der Arbeitskraft, und in einer auf den Aufbau einer Schwerindustrie ausgerichteten Entwicklungsstrategie muss ihr Preis künstlich niedrig gehalten werden. In der Tat wird die städtische und industrielle Entwicklung so durch das Dorf finanziert, in einer Weise, die an die ursprüngliche sozialistische Akkumulation anknüpft, die von Preobraschenski in den 1920er Jahren für Russland vorgeschlagen und später von Stalin übernommen wurde.<sup>11</sup> Es ist hinzuzufügen, dass es zu dieser Finanzierung der Entwicklung der Schwerindustrie in einer Situation des Kapitalmangels und des Mangels an verfügbarem Kapital aus dem Ausland<sup>12</sup> kaum Alternativen gibt. Die Kollektivierung zielte darauf ab, die Produktivität auf dem Land durch Skaleneffekten zu verbessern. Dies geschah in mehreren Stufen. Zuerst wurden »Basis«-Kooperativen von 20 bis 30 Familien gegründet, was zunächst gute Ergebnisse brachte. Dann, in den Jah-

11 Siehe dazu E. A. Preobraženskij, *La legge fondamentale dell'accumulazione originaria socialista* (1924), in N. Bucharin, E. A. Preobraženskij, *L'accumulazione socialista*, hg. von L. Foa, Roma, Editori Riuniti, 1969, S. 7–72. Über die Theorie von Preobraženskij und ihre spätere Umsetzung durch Stalin siehe R. C. Allen, *Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution*, Princeton and Oxford, Princeton University Press, 2003, S. 57 f. und 172 ff.

12 Es muss daran erinnert werden, dass China damals seitens der kapitalistischen Staaten einem absoluten Embargo von Waren und Kapital ausgesetzt war.

ren 1956–1957, wurde zu »fortgeschrittenen« Genossenschaften mit 150 bis 200 Familien übergegangen, deren Mitgliedschaft und Austritt auf freiwilliger Basis erfolgte. Die Jahre 1953–1958 waren in der Tat durch ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet. 1958 schließlich wurden noch viel größere Agrarkommunen (5.000 Familien) geschaffen, aus denen kein freiwilliger Ausstieg mehr möglich war. Dies war, zusammen mit der egalitären, also nicht nach Arbeitsleistung erfolgten Verteilung zweifellos ein Grund für den dramatischen Rückgang der Agrarproduktion zwischen 1959 und 1961, in einer durch drei aufeinander folgende außergewöhnlich schlechte Ernten verschärften Situation: Die Produktion ging 1959 um 15 % zurück, und 1960 um weitere 15%.<sup>13</sup> Millionen Menschen auf dem Dorf starben an Hunger. Die Situation im Land war dramatisch und wurde durch den Bruch mit der UdSSR (1960) und den damit verbundenen Abzug aller sowjetischen Berater und Techniker noch verschärft. Ab 1962 wurden die Produktionseinheiten wieder auf 20 bis 30 Familien verkleinert (dabei blieb es bis 1978). In den folgenden Jahren konzentrierte man sich mit guten Ergebnissen darauf, die Produktion von Weizen und Reis mittels der wissenschaftlichen Forschung und der Mechanisierung der Landwirtschaft zu verbessern. Aber erst zwischen 1978 und 1984, mit der Einführung des Systems der Familienverantwortung, auf das später eingegangen wird, wird es zu einer entscheidenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommen.

Bekanntlich gab es in der ersten Periode der Geschichte der Volksrepublik China gravierende Fehler, wie z. B. den »große Sprung nach vorn« Ende der fünfziger Jahre und die Jahre der »Kulturrevolution« (1966–1976). Dennoch war die Kapitalbildung in dieser Phase sehr hoch, wie die folgende Tabelle zeigt:<sup>14</sup>

13 Zu den Ursachen der Agrarkrise von 1959–1966. Per una ricostruzione delle cause della crisi agricola tra 1959 e 1961 siehe J. Y. Lin, *Demystifying*, a. a. O., S. 88–90.

14 Quelle: J. Y. Lin, *Demystifying*, a. a. O., S. 97.

### **Rate der Kapitalakkumulation 1952–1978 (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)**

Erster Fünfjahrplan (1953–1957)	24.2
Zweiter Fünfjahrplan (1958–1962)	30.8
(1963–1965)	22.7
Dritter Fünfjahrplan (1966–1970)	26.3
Vierter Fünfjahrplan (1971–1975)	33.3

*Quelle:* China Compendium of National Income Statistics (1949–85), zusammengestellt vom Department of Equilibrium Statistics on National Economy, National Bureau of Statistics of China.

Die Investitionen waren hauptsächlich auf die Schwerindustrie ausgerichtet, wie aus der nächsten Tabelle hervorgeht.<sup>15</sup> Das industrielle Wachstum in diesem Zeitraum betrug 6 % pro Jahr, was keineswegs vernachlässigbar ist.<sup>16</sup>

### **Sektoraler Anteil der Kapitalinvestitionen 1952–1978 (in Prozent)**

	Landwirt- schaft	Leicht- industrie	Schwer- industrie	an- dere
Erster Fünfjahrplan (1953–1957)	7,1	6,4	36,2	50,3
Zweiter Fünfjahrplan (1958–1962)	11,3	6,4	54,0	28,3
(1963–1965)	17,6	3,9	45,9	32,6
Dritter Fünfjahrplan (1966–1979)	10,7	4,4	51,1	33,8
Vierter Fünfjahrplan (1971–1975)	9,8	5,8	49,6	34,8

*Quelle:* Statistics on China's investment in fixed assets (1950–78), zusammengestellt vom Department of Statistics on China's Investment in Fixed Assets, National Bureau of Statistics of China.

Was sind die Stärken und die Schwächen dieser Periode in der heutigen Wahrnehmung der Kommunistischen Partei Chinas? Han Baojiang, stellvertretender Direktor der Wirtschaftsabteilung der Zentra-

<sup>15</sup> Ebd., S. 98.

<sup>16</sup> Ebd.

len Parteischule der KPCh, sagte 2010, das chinesische Modell vor 1978 sei letztlich das einer Wirtschaft gewesen, die auf dem Modell der UdSSR Stalins aufgebaut habe und für die vor allem charakteristisch gewesen seien: 1. verallgemeinertes öffentliches Eigentum, 2. ein egalitäres Verteilungssystem und 3. eine hochgradig geplante Volkswirtschaft.

Es wird anerkannt, dass dieses Modell, das 1. auf verallgemeinertem öffentlichem Eigentum beruhte, dem Land eine industrielle Basis gegeben hat, damit die nationale Unabhängigkeit sicherte (auch durch die Entwicklung der Atombombe und der H-Bombe) und das geschaffen hat, was in China als »sozialistisches Grundsystem« bezeichnet wird. Andererseits sei dieses Modell, so Han Baojiang, durch einen inneren Widerspruch beeinträchtigt gewesen: »Sein Widerspruch war, dass es ein sozialistisches System mit geringer Produktivität war«. Was 2. das Verteilungssystem betrifft, so habe die Gleichmacherei in den öffentlichen Unternehmen zu einer geringen Qualität der Arbeit geführt. Schließlich habe 3. das übernommene Modell der Planwirtschaft eine sehr ineffiziente Ressourcenallokation beinhaltet. Das habe eine ineffiziente Nutzung des Kapitals mit starken internen Ungleichgewichten zu Lasten des Konsums und des Dorfes zum Ergebnis gehabt.<sup>17</sup>

Wie Herrera und Zhiming beobachtet haben, ist die Vorstellung einer substantziellen Stagnation unter Mao jedoch falsch, auch wenn sich das Wachstum in der folgenden Zeit beschleunigt hat. Von 1952 bis 2015 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum in China sogar 8,3%, das sich wie folgt auf die einzelnen Zeiträume verteilt: zwischen 1952 und 1978 6,3% pro Jahr, zwischen 1979 und 2015 9,9%.<sup>18</sup> Aber sehen wir uns diese zweite Periode genauer an.

17 Han Baojiang, Vorträge in Beijing im Juli 2010.

18 R. Herrera, Z. Long, *La Chine...*, a. a. O., S. 52 f.; Angaben nach dem chinesischen National Bureau of Statistics (NBS).

### 3. Die zweite Phase: von 1978 bis heute. Dengs Wendepunkt und die »Politik der Reform und Öffnung«

»In den letzten 35 Jahren war China die leistungsstärkste Wirtschaft der Welt. Chinas ... Bruttoinlandsprodukt ist für lange Zeit schneller gewachsen als das jeder anderen Wirtschaft in der Geschichte.«

B. J. Naughton, *The Chinese Economy: Adaptation and Growth*, Cambridge (Mass.), MIT Press, 2018, S. 1.

1978 leitete Deng die »Politik der Reform und Öffnung« ein. Sie fördert die *Entwicklung von Handelsbeziehungen* und die *Öffnung zum Weltmarkt*. Der Ausdruck »Politik der Reform und Öffnung« kann so verstanden werden, dass er diese gesamte zweite Periode charakterisiert, und nicht nur Dengs Arbeit im engeren Sinne. Auch Xi Jinping bekräftigte, dass »*Reform und Öffnung in ständiger Entwicklung sind, sie werden niemals enden*«, wie der Titel seiner Rede lautet, die er am 31. Dezember 2012 auf der zweiten Sitzung der Studiengruppe der Politischen Leitung des XVIII. Parteitags der KPCh hielt.<sup>19</sup>

Die Politik der Reformen begann auf dem Dorf, wo die Produktionsgenossenschaften abgebaut wurden, ohne jedoch den Boden zu privatisieren. Stattdessen wurde das »System der Familienverantwortung« bekräftigt.<sup>20</sup> Es wurde 1978 »unten« (im Dorf Xiaogang) geboren und sieht drei Schlüsselemente vor: 1. das Bodeneigentum bleibt in den Händen des Dorfes, aber 2. die Nutzungsrechte werden an die Familien verteilt und 3. gemäß einer »Verantwortungsvereinbarung« zwischen den Vertragspartnern ist jeder für Gewinn/Verluste auf seinem eigenen Grundstück verantwortlich. Auf diese Weise gibt es eine beispielhafte Synthese zwischen verschiedenen Rechtssystemen: 1. dem sozialistischen/kollektivistischen,

19 Der Text der Rede jetzt in Xi Jinping, *Governare...*, a. a. O., S. 81–84.

20 Siehe dazu J. Y. Lin, *Demystifying...*, a. a. O., S. 155 ff. und S. Seu, *La politica agricola nelle aree rurali*, in *La Cina della Nuova Era*, a. a. O., S. 87–93.

2. dem traditionellen chinesischen, familienzentrierten und 3. einem Vertrag traditionell-bürgerlichen Zuschnitts. Aber vor allem ist es eine Synthese, die funktioniert. Die Vorteile des Systems liegen auf der Hand: Die familiäre Verantwortung, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des kollektiven Eigentums, ermöglicht es den Familien, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen und verhindert zugleich den Verkauf von Land und damit die Anhäufung von Reichtum in wenigen Händen. Das System war äußerst erfolgreich und verbreitete sich schnell in ganz China: 1984 folgten 99 % der Produktionseinheiten diesem Modell. Dank der Verbreitung dieses Systems nahm das Wachstum der Landwirtschaft in diesem Zeitraum von 2,9 % pro Jahr im Jahr 1978 auf 7,7 % pro Jahr im Jahr 1984 zu;<sup>21</sup> die landwirtschaftlichen Ernten wurden in wenigen Jahren um 42 % gesteigert und das Bruttoinlandsprodukt auf dem Lande verdoppelte sich.<sup>22</sup> Dieses System wird auch heute noch angewandt.<sup>23</sup> Es hat sich – zusammen mit der »Ein-Kind-Politik« (1980 eingeführt und 2015 eingestellt) – als entscheidend für die Erreichung der Nahrungsmittel selbstversorgung Chinas erwiesen.

Der nächste Schritt war die Einführung von Marktbeziehungen auch in den Städten. Dies geschah seit 1985 durch eine Gesellschaftsform eigener Art: die »Township- und Dorfbetriebe«, in der Wirtschaftsliteratur allgemein als TVE (*township and village enterprises*) bezeichnet; dies sind ländliche Betriebe, deren Geschäft aber nicht landwirtschaftlich ist.<sup>24</sup> TVE sind das Produkt der Reorganisa-

21 J.Y. Lin, *Demystifying...*, a. a. O., S. 156.

22 S. Seu, *La politica agricola...*, a. a. O., S. 90 f.

23 Zu seinen Fortschritten nach 1984 sh. J.Y. Lin, *Demystifying...*, a. a. O., S. 157 ff.

24 Mit den TVE befasst sich G. Arrighi, *Adam Smith a Pechino*, 2007, it. Übers. Milano, Feltrinelli, 2008, S. 398–400, aber vor allem A. Gabriele, *Enterprise, Industry and Innovation in the Popular Republic of China. Questioning socialism from Deng to the Trade and Tech War*, z. Zt. in Druck (erscheint im März 2020); die nachfolgenden Bezugnahmen auf diese wichtige Arbeit stützen sich auf das Manuskript und enthalten daher keine Seitenzahlen.

tion der ländlichen Industriebetriebe, die den Gemeinden gehörten. Diese Unternehmen dürfen »außerhalb des Plans« auf lokaler Basis verkaufen. Die Eigentumsrechte liegen bei der ländlichen Gemeinde; die Gewinne bleiben bei der Gemeinde, um in TEV oder für lokale Wohlfahrtsaufgaben reinvestiert zu werden. Diese Unternehmensform war bis Mitte der 1990er Jahre sehr erfolgreich: Gab es 1980 noch 1,4 Mio. TEV mit 30 Mio. Beschäftigten, so stieg die Zahl bis 1996 auf 23,4 Mio. mit insgesamt 135 Mio. Beschäftigten. 1995 produzierte dieser Sektor 30 % des chinesischen Bruttoinlandsprodukts.<sup>25</sup> Die Industrieproduktion dieser Unternehmen war 1995 ebenfalls höher als die der großen Staatsunternehmen (SOE, *State Owned Enterprises*).<sup>26</sup> Die staatlichen Unternehmen nahmen in den verschiedenen Provinzen unterschiedliche Merkmale an. Nach 1996 wurde das Phänomen reduziert: viele TEV wurden umstrukturiert, andere wurden zu Privatunternehmen.<sup>27</sup>

Seit Mitte der 1980er Jahre wurden in China auch *Privatunternehmen* im engeren Sinne eingeführt. Dies war ein schrittweiser Prozess. Sie wurden seit 1984 zugelassen, aber die ersten Rechtsvorschriften zu diesem Thema wurden erst vier Jahre später erlassen. Seit 2001 können auch business owners (also Kapitalisten) der Kommunistischen Partei beitreten. Aber erst 2004 wurde die Verfassung geändert, um das Recht auf Eigentum aufzunehmen: »Das von den Bürgern rechtmäßig erworbene Privateigentum – es ist jetzt in Artikel 13 der Verfassung verankert – ist unverletzlich.«<sup>28</sup> Heute sind 2/3 der Unternehmen in China mengenmäßig in Privatbesitz (POE, *Private Owned Enterprises*); sie machen 1/4 der Kapitalisierung von

25 E. C. Perotti, L. Sun u. L. Zou, *State-Owned versus Township and Village Enterprises in China*, in »Comparative Economic Studies«, Juli 1999, Bd. 41, N. 2–3, S. 151–179, hier S. 152.

26 A. Gabriele, *Enterprise...*, a. a. O.

27 Dazu und zu den damit verbundenen statistischen und Definitionsproblemen sh. ebd., a. a. O.

28 *China's Constitution of 1982 with Amendments through 2004*, constitutionproject.org, 19. August 2016; herunterladbar von: <http://extwprlegs1.fao.org/docs/pdf/chn164427.pdf>.

Industrieunternehmen, 45 % der Produktion und 1/3 der Industriegewinne aus (ein Anteil, der sich 2016 im Vergleich zu 2007 fast verdoppelt hat).

Hinzu kommen die *ausländischen Direktinvestitionen (FDI, Foreign Direct Investment)*, die von multinationalen Konzernen in chinesische Industrieunternehmen getätigt werden. Wichtig ist, dass ausländische Investitionen nur in Form von *Joint Ventures* mit lokalen Unternehmen erlaubt sind und somit ein Technologietransfer möglich ist. Was den Beitrag des ausländischen Kapitals betrifft, so ist jedoch zu beachten, dass die Akkumulation in China in den letzten Jahrzehnten im Gegensatz zu Vietnam nie übermäßig von ausländischem Kapital abhängig war; außerdem scheint die Rolle ausländischer Unternehmen in China nach 2007/8 abgenommen zu haben.<sup>29</sup> In jedem Fall macht die Gesamtzahl der POE und FDI 70 % der Industrieunternehmen aus, die 40 % der Industrieanlagen kontrollieren, fast 60 % der Industrieproduktion realisieren und 60 % der Gewinne erzielen.

Die Probleme der Industrie, mit denen die Reform- und Öffnungspolitik konfrontiert ist, sind: strukturelle Ungleichgewichte, mangelnde de facto-Koordination (selbst im Kontext einer stark zentralisierten Wirtschaft) und der Mangel an angemessenen Anreizen für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.<sup>30</sup> Daher wird eine größere Autonomie der Staatsunternehmen (SOE) gefördert und werden materielle Anreize eingeführt: Es gibt die schrittweise Einführung einer Marktlogik auch für diese Unternehmen, deren Reform man als notwendig erachtet und auf verschiedene Weise durchführt,<sup>31</sup> die man aber dennoch für unverzichtbar hält: Mit anderen Worten, in China gibt es, anders als in Russland und in den osteuropäischen Ländern, keine allgemeine Privatisierung von Staatsunternehmen.

29 A. Gabriele, *Enterprise ...*, a. a. O.

30 Y. Lin, *Demystifying ...*, a. a. O., S. 173

31 Ebd., S. 189 u. 191 ff.

Stattdessen wurde ein ordnungspolitischer Rahmen geschaffen, der schrittweise Marktbeziehungen in die Wirtschaft einführt. Auf der Seite des internationalen Handels wurde *das staatliche Außenhandelsmonopol beendet*. Das Ergebnis war eine Steigerung des Außenhandelsvolumens und seiner Bedeutung für das BIP, von 9,9% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1978 auf 44,7% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009.<sup>32</sup> Um die Entwicklung zu erleichtern, wurden *Sonderwirtschaftszonen (SEZ)* eingeführt, in denen Industrieansiedlungen Steuern und andere Vergünstigungen erhalten. In Bezug auf die Werte wird das Streben nach Reichtum gefördert. Das Motto »Reich werden ist glorreich«, das Deng (wahrscheinlich apokryph) zugeschrieben wird, drückt nicht nur gut das Ziel der Entwicklung von Geschäften und unternehmerischen Aktivitäten aus, das ein integraler Bestandteil der »Politik der Reform und Öffnung« ist, sondern erinnert auch an Bucharins Aufruf zum Reich-Werden, der sich 1925 während der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) an die russischen Bauern richtete; und der Bruch der NEP mit dem Kriegskommunismus war objektiv ein Meilenstein in der ersten Phase von Dengs Reformen.<sup>33</sup>

32 Die Prozentzahlen beziehen sich daher auf ein BIP, das inzwischen viel größer geworden war.

33 So die Parole Bucharins während der Aktivtagung der kommunistischen Partei in Moskau am 17. April 1925: »Wir müssen der ganzen Bauernschaft, all ihren Schichten sagen: *Werdet reich*, akkumuliert, entwickelt eure Wirtschaft! Nur Idioten können sagen, dass es bei uns *immer* Armut geben müsse; heute müssen wir eine Politik betreiben, durch die die Armut verschwindet.« (N. Bucharin, *La nuova politica economica e i nostri compiti*, in N. Bucharin, E. A. Preobraženskij, *L'accumulazione socialista...*, a. a. O., S. 168.). Die Beziehung der »Reform- und Öffnungspolitik« zur NÖP wird von Cheng Enfu mit Hinweis auf die erste Phase der Reformen eingeräumt: »Zu Beginn der Wirtschaftsreformen von 1980 – will sagen in der ersten Phase des Verhältnisses von Plan und Markt – ... hat sich China auf die Neue Ökonomische Politik Lenins bezogen. Doch der Inhalt der Wirtschaftsreform ging nach und nach über die Epoche der NÖP hinaus« (Cheng Enfu in *Interviste ai marxisti cinesi...*, a. a. O., S. 10).

Im Laufe der Jahre entstand ein Widerspruch zwischen (Mikro-) Reformen von unten und dem angewendeten staatlichen Planungsmodell; dies führte zu ganzheitlichen (Makro-)Reformen. Seit 1993 wird von einer »sozialistischen Marktwirtschaft« gesprochen, in der der Markt der »grundlegende Faktor bei der Ressourcenverteilung« ist. In jüngster Zeit, im Jahr 2014, ist der Markt zum »entscheidenden Faktor« geworden.

All dies ordnet sich jedoch ein in eine *Entwicklungsstrategie* (auf regionaler wie auf nationaler Ebene), die vom Staat und der Kommunistischen Partei geführt wird. Es gab nie eine reine und einfache Offenheit gegenüber der Marktdynamik; 1990–1991 schien man diesen Weg einzuschlagen, wandte sich aber sofort wieder davon ab. Die Rezepte des Washington Consensus, der u. a. eine massive Privatisierung der öffentlichen Unternehmen forderte, wurden nicht befolgt, und eine Industriepolitik wurde beibehalten.

Mit anderen Worten, es handelt sich um eine zweigleisige Reform, eine Reform auf zwei parallelen Schienen, bei der der vom Staat entworfene *Plan* sich mit der *Marktdynamik* verbindet.<sup>34</sup> Es zeigte sich, dass das Ergebnis dieses spezifischen chinesischen Weges viel besser war als die in Russland und in Osteuropa angewandte *Schocktherapie*,<sup>35</sup> die auf drei grundlegenden Elementen beruhte: Preisliberalisierung, Privatisierung von Unternehmen und das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt (makroökonomische Stabilität).<sup>36</sup> Der Übergang zum Kapitalismus in den Ländern der ehemaligen UdSSR und Osteuropas forderte bekanntlich einen extrem hohen wirtschaftlichen und sozialen Preis: und während die Erfolgsfälle selbst in der langen mittleren Periode an den Fingern einer Hand abzählbar sind, hatten 2013 sogar 7 der betroffenen Länder, die von 80 Millionen Menschen, d. h. 20% der Gesamtbe-

34 J. Y. Lin, *Demystifying*, a. a. O., S. 153

35 Ebd., S. 154 u. 264 ff.

36 Außerdem hat der durch die ersten beiden Maßnahmen verursachte Schock, wie Lin feststellt, lange Zeit die Verfolgung der dritten unmöglich gemacht (ebd., S. 203–205).

völkerung der ehemals sozialistischen Länder, bewohnt werden, das Einkommen von 1990 nicht nur nicht wieder erreicht, sondern lagen noch weit darunter.<sup>37</sup>

In den Jahrzehnten nach dem Beginn der Reformen hat China eine enorme Entwicklung, aber auch ein *starkes Wachstum der Ungleichheit* erlebt, allerdings vor dem Hintergrund eines starken und allgemeinen Anstiegs des wirtschaftlichen Wohlstands (das starke Wachstum der Arbeitsproduktivität ging mit einem deutlichen Anstieg der Löhne einher); der Gini-Koeffizient erreichte 2008 einen Höchststand von 0,491 und ist seither leicht rückläufig; während deutliche Unterschiede in der Verteilung des Wohlstands nicht nur sozial, sondern auch geografisch zu erkennen sind.<sup>38</sup> Dies hat mit den unterschiedlichen Entwicklungszeiten in den verschiedenen Teilen Chinas zu tun (von den Küstengebieten, die als erste ein starkes wirtschaftliches Wachstum erlebten, bis hin zu den neueren entwickelten Gebieten im Landesinneren), aber natürlich auch mit den bekannten Veränderungen der Verteilungs- und Eigentumsformen.

#### **4. Vertriebs- und Eigentumsformen im heutigen China**

Die *Veränderungen in der Verteilung*, die seit 1978 stattgefunden haben, kennen mehrere Stufen.

Da ist zunächst der *Bruch mit dem bisherigen Egalitarismus* (dem so genannten »Big Pot«-Verteilungssystem, bei dem die Ver-

37 B. Milanović, *For Whom the Wall Fell? A balance-sheet of transition to capitalism*, in »globalequality« [blog], 3. November 2014; sh. <http://glineq.blogspot.com/2014/11/for-whom-wall-fell-balance-sheet-of.html>.

38 Mehr zur Ungleichheit in China bei B. Milanović, *Capitalism...*, a. a. O., S. 98 ff. Zu den regionalen Ungleichgewichten siehe die Feststellung bei Zhang Boying, *Il socialismo con caratteristiche cinesi. Perché funziona?*, Bari, Marx Ventuno Edizioni, 2019, S. 95: »Das BIP *pro Kopf* in den unterentwickelten Regionen Westchinas beträgt nur ein Zehntel des in den chinesischen Küstengebieten erzielten.«

gütung für alle gleich und damit nicht an die individuelle Arbeitsleistung gekoppelt war). In diesem Zusammenhang war die Rede von »Rückkehr zum Verteilungssystem nach der Arbeit«.<sup>39</sup> Die arbeitsbasierte Verteilung ist in der chinesischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen, in Übereinstimmung mit Marx' *Kritik des Gothaer Programms* in Bezug auf die erste Phase des Kommunismus: »jedem entsprechend seiner Arbeit« (wie wir gleich sehen werden, wird das Zitat, das nicht wörtlich ist, in der chinesischen Verfassung in Anführungszeichen gesetzt).

Der 15. Parteitag der KPCh hat 1997 *nicht nur die Verteilung nach Arbeit, sondern auch die Verteilung nach einem wesentlichen Produktionsfaktor* festgelegt. Der 16. Parteitag 2002 nennt Arbeit, Kapital, Technologie und Management als wesentliche Produktionsfaktoren.<sup>40</sup> 2004 wurde Artikel 6 der Verfassung entsprechend geändert und um einen zweiten Absatz ergänzt, in dem es unter anderem heißt, dass »die Verteilung nach der Arbeit vorherrscht und verschiedene Verteilungsmodi nebeneinander bestehen«.<sup>41</sup> Gleichzeitig forderte die 4. Plenartagung des 16. Zentralaussschusses der KPCh im September 2004, der sozialen Gerechtigkeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Der gleiche zweigleisige Ansatz wurde auch 2007 auf dem 17. Parteitag vorgeschlagen; erklärtes Ziel war es, den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, der an die Arbeit geht, zu erhöhen, aber dies ging einher mit dem Ziel, mehr Menschen ein vermögensbezogenes Einkommen zu ermöglichen. Auf demselben Parteitag wurde eine weitere wichtige Unterscheidung vorgeschlagen: die zwischen der *Primärverteilung, die an den Markt gebunden ist, und der*

39 Liu Wenxia, *Thoughts about Changes of Fundamental Distribution System after Reform and Opening-up*, in AA.VV., *The 7th World Socialism Forum. Developing and Innovating Marxism in the 21st Century. Proceedings (I)*, Beijing, CASS, 2016, S. 612–615, hier S. 612.

40 Ebd., S. 613

41 *China's Constitution of 1982 with Amendments through 2004*, a. a. O., Art. 6, Abs. 2

*Sekundärverteilung, die an den Staat gebunden ist* (öffentliche Dienstleistungen, Sozialversicherung, Steuertransfers usw.).

In einer Rede vom 18. Januar 2016 bezog sich Xi Jinping kürzlich ausdrücklich auf das Prinzip der idealen Verteilung von Marx/Engels, bezogen auf die zweite Phase des Kommunismus, wie sie die *Kritik des Gothaer Programms* vorsieht: »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«,<sup>42</sup> er fügte jedoch hinzu, dass sich China heute noch in der ersten Phase des Sozialismus befinde und daher weit von diesem Ziel entfernt sei. Dennoch wurde das Ziel der schrittweisen Erhöhung der Wohlstandsverteilung, der Verbesserung des »Mechanismus der sekundären Verteilung« und der allmählichen Annäherung an den Wohlstand für alle bekräftigt.<sup>43</sup>

In der marxistischen Konzeption leiten sich die Verteilungsverhältnisse bekanntlich aus den Eigentumsverhältnissen ab. Dasselbe Muster findet sich in der Verfassung der Volksrepublik China, deren Artikel 6 und 7 wie folgt lauten:

**Artikel 6:** *Die Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems der Volksrepublik China ist das sozialistische Staatseigentum an den Produktionsmitteln, d. h. das Eigentum des gesamten Volkes und das kollektive Eigentum der Arbeiter. Das sozialistische System des öffentlichen Eigentums geht über das System der Ausbeutung des Menschen über den Menschen hinaus; es wendet das Prinzip »von jedem nach seinen Fähigkeiten, auf jeden nach seiner Arbeit« an.*

*In der ersten Phase des Sozialismus unterstützt der Staat das grundlegende Wirtschaftssystem, in dem das öffentliche Eigentum vorherrscht und sich verschiedene Eigentumsformen nebeneinan-*

42 K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, in MEW 19, S. 20.

43 Xi Jinping, *The Governance of China*, Bd. II, Beijing, Foreign Languages Press, 2017, S. 236f.; auf S. 137 wird auf die betreffenden Positionen früherer Führungspersonlichkeiten der KPCh Bezug genommen, und auf S. 237f. wird dann die vom V. Plenum des 18. Zentralkomitees der KPCh angenommene »Philosophie der gemeinsamen Entwicklung« bekräftigt.

*der entwickeln, und hält an dem Verteilungssystem fest, in dem die Verteilung nach der Arbeit vorherrscht und verschiedene Verteilungsarten nebeneinander bestehen.*

**Artikel 7:** *Die Staatswirtschaft, d. h. die sozialistische Wirtschaft im Besitz des ganzen Volkes, ist die treibende Kraft der Volkswirtschaft. Der Staat sorgt für die Konsolidierung und das Wachstum der Staatswirtschaft.*<sup>44</sup>

Diese Artikel sagen uns, dass das öffentliche Eigentum, genauer gesagt die staatlichen Unternehmen, die vorherrschende Form des Eigentums darstellen, wenn auch nur in dem Sinne, dass sie die »treibende Kraft der nationalen Wirtschaft« darstellen. Sie sagen uns aber auch, dass diese Form des Eigentums mit anderen Eigentumsformen koexistiert. Deshalb wird die Verteilung nach Arbeit durch andere Formen der Verteilung ergänzt, einschließlich der Verteilung, die sich aus der Ausübung des Eigentums ergibt – d. h. durch Kapitalgewinne.

Es liegt auf der Hand, dass uns dies ziemlich schwer macht, die derzeit in China geltende sozialökonomische Formation zu bestimmen, zumindest sie in eine der Schachteln zu stecken, in denen wir – gemäß einer im 20. Jahrhundert konsolidierten dichotomen Tradition – gewohnt sind, die in der heutigen Welt vorherrschenden Gesellschaftsformen einzuteilen: Ist China, kurz gesagt, »sozialistisch« oder »kapitalistisch«?

Einige Antworten auf diese Frage werden später untersucht. Aber für eine ernsthafte Diskussion dieses Themas ist es zunächst angebracht, auf das Thema »verschiedene Formen von Eigentum« einzugehen, die sich in China »nebeneinander entwickeln«, und die effektive Rolle, die öffentliches Eigentum in diesem Zusammenhang spielt. Wir können die Eigentumsformen in zwei Makrokategorien gruppieren.

44 *China's Constitution ...*, a. a. O., Art. 6 u. 7.

- 1) Auf der einen Seite haben wir *Unternehmen in Privatbesitz (POE)*, mit und ohne ausländische Kapitalbeteiligung (FDI).
- 2) Auf der anderen Seite haben wir eine Pluralität von *Eigentumsformen*, denn gemeinsam ist, dass sie *nicht mit dem Privateigentum gleichzusetzen* sind. Zu dieser zweiten Kategorie gehören:
  - a) *Vollständig in Staatsbesitz befindliche Unternehmen (SOE)*;
  - b) Öffentlich kontrollierte Gemeinschaftsunternehmen, die sich vom Standpunkt ihrer Gesellschaftsform her wiederum untergliedern lassen in
    - b1) LLC (*limited liability companies*, ähnlich unseren GmbHs) und
    - b2) SHC (*shareholding companies*, ähnlich unseren Aktiengesellschaften); diese Unternehmen sind viel stärker auf den Markt für staatliche Unternehmen ausgerichtet, da sie in wettbewerbsintensiveren Sektoren (Fertigung) tätig sind; fast 30 % der inländischen Unternehmen sind LLC (SHC sind dagegen wenige, aber größer nach Umfang und Kapitalisierung sowie nach Produkt);
  - c) *Genossenschaften*;
  - d) *TVE*;
  - e) *bäuerliche Hauswirtschaften (household-based Farm oder HF)*, die nicht ständig familienfremde Arbeitskräfte einsetzen;
  - f) *CSHE (Cooperative Shareholding Enterprises, ländliche oder städtische genossenschaftliche Kapitalbeteiligungsgesellschaften)*.<sup>45</sup>

Es ist zu beachten, dass Unternehmen, die 2) zuzuordnen sind, also nicht mit Privatunternehmen vergleichbar sind, zusammen 70 % der Arbeitskräfte in China beschäftigen. Diese Unternehmen wurden von Alberto Gabriele als »Nichtkapitalistische marktorientierte Unternehmen« (*Non-Capitalist Market Oriented Enterprises, NCMOE*)

Die Form der Eigentumsverhältnisse entspricht nicht immer deren Substanz: z. B. gibt es SSHE, die dies nur der Form nach, in Wirklichkeit aber POE sind, wie auch umgekehrte Fälle.

bezeichnet, weil sie zwar ihre Waren auf dem Markt verkaufen, aber nicht im Besitz von Kapitalisten sind.

### ***5. Staatliche Unternehmen und die Rolle des öffentlichen Eigentums***

Unter diesen Unternehmen spielen die staatlichen Unternehmen, die SOE, eine besonders wichtige Rolle. Die Politik gegenüber staatlichen Unternehmen hat seit Beginn der bisherigen Reform- und Öffnungspolitik drei Hauptphasen durchlaufen.

*Erste Phase.* In einer ersten Phase kam es aufgrund des Wachstums anderer Unternehmensformen (bis Mitte der 90er Jahre vor allem der TVE, aber auch privater Unternehmen) zu einem erheblichen *relativen Rückgang*. Aber die qualitativen Veränderungen, die diese Unternehmen betrafen, waren nicht weniger wichtig. Mit der Einführung der Marktbeziehungen in der Wirtschaft war es dringend notwendig, die *Autonomie der öffentlichen Unternehmen zu erhöhen* und das *Anreizsystem zu modifizieren und zu verbessern*. Auch für diese Unternehmen wurde ein »Verantwortungssystem« eingeführt, ähnlich wie es zunächst für die landwirtschaftlichen Betriebe und dann für die TVE galt, und es wurde erlaubt, über die Planvorgaben hinausgehende *Produktionsquoten auf dem Markt zu verkaufen*, wobei eine Gewinnbeteiligung auf Unternehmensebene einbehalten wurde. 1983 wurde dieses System auf den gesamten Industriesektor angewandt. In dieser ersten Phase, in der der Wettbewerb zunahm, gerieten viele staatliche Unternehmen in Schwierigkeiten, und ihr Anteil an der Industrieproduktion sank von 56 % im Jahr 1991 auf 34 % im Jahr 1995. Viele staatliche Unternehmen produzierten in dieser Zeit mit Verlust und häuften hohe Schulden an.

*Zweite Phase.* 1997 wurde auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas das Motto »*Pack die Großen und lass die Kleinen gehen*« eingeführt. Auch hier handelt es sich, wie im Fall des Systems der Familienverantwortung und der TVE, um eine Reform,

die auf lokaler Ebene gereift war, da viele staatliche Unternehmen im Besitz der lokalen Regierungen waren. Viele kleine staatliche Unternehmen wurden umstrukturiert, verkauft, in Joint Ventures, in Kooperativen oder in Genossenschaften umgewandelt, deren Anteile nur den Arbeitnehmern gehören, andere fusionierten oder machten oft dicht. Die Zahl der staatlichen Unternehmen ging zwischen 1995 und 2004 auf etwas mehr als ein Fünftel zurück (von fast 120.000 im Jahr 1995 auf weniger als 25.000 im Jahr 2004), und ihr Beitrag zur städtischen Beschäftigung nahm stark ab (von 59 % der Gesamtzahl im Jahr 1995 auf 32 % im Jahr 2001).<sup>46</sup> In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass 2001 China der Welthandelsorganisation (WTO) beitrug, nach langen und schwierigen Verhandlungen, und dass die Frage der staatlichen Unternehmen dabei einer der kritischsten Punkte war. Die von vielen genährte Hoffnung, Chinas Mitgliedschaft in der WTO würde den öffentlichen Produktionsapparat abbauen, sollte jedenfalls enttäuscht werden.

*Dritte Phase.* Diese Phase ist die *Umwandlung der staatlichen Unternehmen in Kapitalgesellschaften*. Tausende von ihnen wurden zu GmbHs oder AGs. Für ihre effizientere Verwaltung wurde 2003 die SASAC (State Asset Supervision and Administration Commission of the State Council – Staatliche Kommission für Vermögensaufsicht und -verwaltung des Staatsrates) geschaffen. Ursprünglich kontrollierte sie 196 große staatliche Unternehmen von strategischer Bedeutung, die bis 2016 auf 106 zurückgingen. Viele andere wurden zum gleichen Zeitpunkt vom Finanzministerium kontrolliert, andere von den lokalen Regierungen (durch den lokalen SASAC). Mehrere staatliche Unternehmen sind Holdings (in Wirklichkeit Konglomerate), die wiederum viele andere kontrollieren. Viele staatliche Unternehmen wurden *an der Börse notiert*, wobei sich die Mehrheit

46 Was 30 Mio. Arbeitsplätze weniger bedeutet (vgl. Gabriele 2019, der dazu auf A. S. Bhalla verweist, Shufang Qiu, *The Employment Impact of China's WTO Accession*, New York, Routledge Curzon, 2004, u. G. Jefferson, *State-Owned Enterprise in China: Reform, Performance and Prospects*, Brandeis University, Working paper Series, n. 106, 2016).

der Aktien im Besitz des Staates befindet (90 % dieser Unternehmen haben in den letzten Jahren eine Veränderung ihrer Eigentümerstruktur durchlaufen). Auf diese Weise konnten diese Unternehmen

Comparison of key elements of Washington consensus versus China's SOE structural reforms  
– China is not following the Washington consensus

<b>Washington consensus 1990s/2000s</b>	<b>Chinas SOE structuring and reforms 2015/16</b>
Separation of core government functions from commercial	Reform SOEs into categories: commercial and non-profit
Goal of improving returns / productivity across the economy	Goal of improving returns / productivity across the economy
explicit goal to reduce share of government in GDP	No explicit target for reduces share of government in GDP
Listings on stock markets	– Listing of major SOEs have slowed down since 2010, particularly overseas – Listing of SOE assets referred to as a key reform goal, however yet so see progress
Privatisation (sale of state assets to private sector)	Authorities explicit that restructuring is not privatisation
Management incentivisation	Total compensation for management reported to have been reduced
Market forces drive capacity reduction	Top down targets for capacity reduction
Market forces drive labour reallocation	Top down targets for labour reallocation
Market forces drive bankruptcies	Bankruptcies have increased but lack of transparency in process
Movement away from industrial policy	Movement towards greater industrial polica – e.g. One Belt One Road
Open door for foreign FDI capital in former SOE sectors	Foreign FDI to China hat reduced and strategic bank stakes sold
Movement away from national champions	Mergers to create nation champions
No explicit anti-corruption agenda	Strengthen supervision to prevent loss of states assets (anti-corruption)
Corporate and personal tax reduction / shift to VAT	– Corporate VAT pilot has been introduced in May 2016, implementation progress to be evaluated – No change on personal income tax

den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen, ohne ihren Charakter als öffentliche Unternehmen zu verlieren.

Bezogen auf die Marktkapitalisierung haben die staatlichen Unternehmen einen Anteil von mehr als 50% in den Sektoren *Metall* und *Telekommunikation*, zwischen 40% und 50% im *Binnenhandel*, bei *Chemie*, *Immobilien*, *Landwirtschaft*, *Elektronik*, *allgemeine Ausrüstung* und geringere Anteile in den Bereichen *IT-Dienstleistungen*, *Lebensmittel*, *Gesundheit*, *Textil*, *Bekleidung*.<sup>47</sup> Schauen wir uns einige andere neuere Daten zu den SOE an: 2014 gab es davon weniger als 18.000 (1998 56.000), und diese trugen 23,4% zur Industrieproduktion bei (1998 waren es fast 50%). Konglomerate gab es im Juni 2017 kaum 100, die aber durch die Fusionen der letzten Jahre immer größer wurden. Einige von ihnen gehören zu den größten Unternehmen der Welt in ihrem Sektor. Ihre Verkäufe im Jahr 2016 beliefen sich auf 7 Billionen Dollar, der Wert ihrer Vermögen auf 20 Billionen Dollar oder 40% der nationalen Gesamtzahl, und ihr Beitrag zur städtischen Beschäftigung betrug 20%.<sup>48</sup> Im Allgemeinen hat die Bedeutung staatlicher Unternehmen in der chinesischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten *relativ gesehen abgenommen*, obwohl ihre Produktion *in absoluten Zahlen gestiegen* ist.

China hat die staatlichen Unternehmen umstrukturiert und rationalisiert, ohne jedoch dem Diktat des Konsenses von Washington zu folgen, der den Königsweg in der Privatisierung dieser Unternehmen sieht. Die Unterschiede zwischen dem chinesischen Ansatz und dem Washington-Konsens ergeben sich eindeutig aus obiger Tabelle, die einem Bericht der Investmentbank Morgan Stanley entnommen wurde.<sup>49</sup>

Es ist kein Zufall, dass ein wichtiges Thema in der jüngsten Debatte über staatliche Unternehmen das Ziel war, ihre *Kontrolle*,

47 J. Davis, *SOE reforms – China's path to higher productivity*, Vanguard Research, Juli 2017.

48 Nach A. Gabriele, *Enterprise...*, a. a. O.

49 *Why we are bullish on China*, Morgan Stanley Research, 13. Februar 2017, S. 70.

oder – um den aktuellen Wirtschaftsjargon zu verwenden – die Instrumente der *Corporate Governance* (Unternehmensführung) der SOE wirksamer zu gestalten. Die jüngsten Leitlinien machen von zwei sehr unterschiedlichen Instrumenten gleichzeitig Gebrauch. Die erste, die sich auf die klassische Führungskultur bezieht, sind die *M&A-Operationen*, d. h. Fusionen zwischen staatlichen Unternehmen, die u. a. darauf abzielen, die Befehlskette zu verkürzen und zu vereinfachen. Die zweite ist die *Präsenz der Kommunistischen Partei in den Unternehmen*: Auf dem KPCh-Parteitag im Oktober 2017 erklärte der Präsident der SASAC, Xiao Yaqing, die Rolle der Partei in den SOE sollte gestärkt werden, dass dies aber nicht im Widerspruch zu den Interessen der Minderheitsaktionäre stehe (deren Beteiligung an diesen, nicht selten an der Börse notierten Unternehmen gefördert wird). Jedoch bereits zuvor hatte sich Xi Jinping direkt zu diesem Thema geäußert; als er am 10. Oktober 2016 auf der Nationalen Konferenz über die Entwicklung der Partei in den staatlichen Unternehmen sprach, sagte er unter anderem, dass »die staatlichen Unternehmen die materielle und politische Grundlage für den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen sind« und dass »die Führung der Partei in den staatlichen Unternehmen und ihre Rolle in diesen Unternehmen gestärkt und verbessert werden sollten«. <sup>50</sup> Die Notwendigkeit, »das wichtige politische Prinzip der Führung der Partei in Bezug auf die staatlichen Unternehmen zu bestätigen«, wird in der Rede von Xi, auch in Bezug auf die neuen staatlichen Unternehmen, erneut bekräftigt. <sup>51</sup> Wie Gabriele zurecht feststellt, haben wir hier letztlich »einen politischen und nicht wertbasierten Kanal zur Aktivierung der *Principal-Agent-Kontrollkette*«.

50 Xi Jinping, *The Governance...*, a. a. O., S. 192.

51 »Wir müssen dafür sorgen, dass sich in neuen SOE sofort Parteiorganisationen bilden und dass diese mit der Entwicklung des Unternehmens Schritt halten« (Xi Jinping, *The Governance...*, S. 195).

Die zentrale Rolle staatlicher Unternehmen und ganz allgemein der vorherrschende Charakter der öffentlichen Wirtschaft in China wurde wiederholt in offiziellen Dokumenten bekräftigt.<sup>52</sup>

In der immer wiederkehrenden Debatte über die Notwendigkeit einer Reform der staatlichen Unternehmen bestehen viele auf der Zentralität dieser Eigentumsform, sowohl im Gegensatz zu den massiven Privatisierungsprozessen, die in der UdSSR und in den osteuropäischen Ländern Anfang der 1990er Jahre stattfanden, als auch um die Phänomene des Ungleichgewichts zu vermeiden, die die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern kennzeichnen: Aus diesem Grund, bekräftigt zum Beispiel Shi Zhenping, Professor der Schule des Marxismus der Universität Suzhou, »müssen wir auf der vorherrschenden Rolle der Wirtschaft in öffentlichem Eigentum bestehen, um die sozialistische Ausrichtung der Reform- und Öffnungspolitik zu garantieren«.<sup>53</sup>

Das Thema Reform staatlicher Unternehmen ist nicht zu trennen von einer zumindest kursorischen Betrachtung der verschiedenen *Zielfunktionen öffentlicher Unternehmen* in China. Einige der Stimmen in der Debatte helfen uns, diesen Aspekt zu klären. Song Xiaomin, aus der Schule des Marxismus der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, zum Beispiel spricht von einer *dreifachen Verantwortung* der staatlichen Unternehmen (besonders der zentralen), die bei der Vorbereitung ihrer Reform berücksichtigt werden müsse: *politisch, wirtschaftlich und sozial*. Vom *politischen* Standpunkt aus, so Song Xiaomin, sei zu fragen: Für wen ist die Reform gedacht? Was sind ihre Ergebnisse? Die Organisationen der Partei in den Unternehmen müssten eine zentrale Rolle im Prozess der Vertiefung der Reform spielen. Zugleich müssten sich die staatlichen Unternehmen ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat, der Gesellschaft

52 Siehe dazu Zhu Jiamu, *Several Issues...*, a. a. O., S. 25.

53 Shi Xhenping, *Further Discussion on Unbalanced Development Law of Capitalism*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 701–703, hier S. 703.

und den Beschäftigten bewusst sein.<sup>54</sup> Aus *wirtschaftlicher* Sicht »hat China als sozialistischer Staat das öffentliche Eigentum als Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems in seiner Verfassung verankert. Deshalb muss es, um dem grundlegenden Wirtschaftssystem zu entsprechen, dieser Bedingung und Grundlage des öffentlichen Eigentums als den Hauptaspekt« seiner Wirtschaftsstruktur festigen. »Die öffentliche Komponente der Wirtschaft ist die grundlegende Garantie für Chinas wirtschaftliche Stabilität und langfristigen Wohlstand«;<sup>55</sup> der Autor verweist in diesem Zusammenhang auf die langfristigen Schäden infolge der Privatisierungen, die einer der grundlegenden Aspekte neoliberalen Reformen in Lateinamerika, der UdSSR und Osteuropa und anderswo waren; seiner Ansicht nach sind diese Schäden auch dort offensichtlich, wo es kurzfristige Vorteile gegeben hat. Aus wirtschaftlicher Sicht hätten die staatlichen Unternehmen außerdem eine besondere Verantwortung, »überschüssige Produktionskapazitäten aufzufangen, neue Technologien zu fördern, die Optimierung der Ressourcen und Energiequellen gegen die Umweltverschmutzung zu unterstützen und einen übermäßigen Wettbewerb zu verhindern, der der Erzielung einer höheren Rendite der Industrie abträglich wäre«.<sup>56</sup> Dabei ist anzumerken, dass es sich um Ziele handelt, die sich aus Sicht des einzelnen Unternehmens nur schwer mit dem Streben nach einer hohen Rendite vereinbaren lassen. Schließlich wird die Bedeutung der *sozialen* Verantwortung staatlicher Unternehmen unterstrichen: Sie drückt sich in dem Beitrag zur Volkswirtschaft und zur Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung aus sowie in dem Beitrag zur »Vereinheitlichung der Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten« und

54 Song Xiaomin, *Never Forget First Dream Till Success – The SOE Reforms Shall Adhere to the Fundamental Economic System*, in AA. VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 723–726, hier S. 723 f.

55 Ebd., S. 724.

56 Ebd., S. 725.

zur »Erhaltung und Aufwertung des staatlichen Erbes«, zum »Gemeinwohl« und zum »Umweltschutz«. <sup>57</sup>

Gerade wenn man die unterschiedlichen Zielfunktionen im Auge behält, die den staatlichen Unternehmen in China zugewiesen werden, und den möglichen Konflikt zwischen den verschiedenen Funktionen, lässt die in den letzten Jahren sehr lebhaftete Debatte über die geringe Effizienz staatlicher Unternehmen richtig einordnen. In diesem Zusammenhang ist die Position von Xiao Bin, Professor der Schule des Marxismus an der Universität Xiamen, erwähnenswert. <sup>58</sup> Er reagierte auf das Beharren auf der »geringen Effizienz« der SOE und die beschworene Notwendigkeit, sie zu privatisieren, mit einer Reihe von Argumenten, die es verdienen, berichtet zu werden.

1. Diese Unternehmen *haben eine wachsende Bedeutung und Wirtschaftskraft*: 2015 wurden in die Liste der 500 größten Unternehmen der Welt 100 chinesische Unternehmen aufgenommen, von denen 83 staatliche Unternehmen sind, während 2003 nur sechs staatliche Unternehmen auf der Liste standen.
2. *Die Effizienz eines Unternehmens hängt nicht von seiner Eigentumsform ab*, sondern von »seiner allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit, die auf dem technologischen Niveau seiner Anlagen, seiner Innovationsfähigkeit, seiner Führungsstruktur, seinen Betriebsmethoden und dem Niveau des Managements beruht«. <sup>59</sup>

57 Ebd., S. 726. Hier werden ökonomische und soziale Aspekte der Sache offensichtlich gemeinsam und ein wenig durcheinander angeführt.

58 Xiao Bin, *Discrimination and Analysis on »Low Efficiency of State-owned Enterprises«*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 869–873.

59 Ebd., S. 871. Tatsächlich gibt es keine empirischen Untersuchungen, welche den Zusammenhang zwischen Effizienz und einer spezifischen Eigentumsform nachweisen könnten. Siehe dazu G. Bognetti, *Il processo di privatizzazione nell'attuale contesto internazionale*, Università degli Studi di Milano, Dipartimento Economia Politica e Aziendale, Working Paper n. 23, Dezember 2001, u. V. Giacché, *Parlar male di Garibaldi*, Einleitung zu L. Vasapollo, L. Martufi, *Vizi privati ... senza*

3. »Staatliche Unternehmen sind nicht unvereinbar mit der Marktwirtschaft, sondern können die Gesamteffizienz der Ressourcenallokation verbessern.«<sup>60</sup> Gerade weil – um die Argumentation von Xiao Bin in unsere Kategorien zu übersetzen – ihre Zielfunktion nicht auf die Verfolgung des *Unternehmensgewinns* beschränkt ist, sondern sie auch die *nationalen Strategie und Politik* im Auge behalten und der Förderung der *Effizienz der Gesellschaft* insgesamt dienen. Sie fördern den technischen Fortschritt, stellen öffentliche Güter bereit, erhöhen die Beschäftigung und fördern Talente. Beispielsweise fördern Hochgeschwindigkeitszüge die koordinierte Entwicklung der Wirtschaft in den Regionen, ermöglichen eine genauere und bessere Ressourcenallokation und erleichtern es schließlich auch nichtöffentlichen Unternehmen, die unterstützende Industrie in diesen Bereichen zu entwickeln.
4. Staatliche Unternehmen »spielen die wichtige Rolle eines ›*automatischen Stabilisators*«, um die zyklischen Schwankungen der Wirtschaft zu verhindern und auszugleichen, und durch ihre starke Investitionskapazität können sie das weitere Wachstum der Volkswirtschaft sicherstellen und die Selbstregulierungsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft erhöhen«, in einer antizyklischen Funktion.
5. Sie stärken die Rolle der Arbeitenden, indem sie diese in die Lage versetzen, angemessen bezahlte Arbeit zu leisten, das »Prinzip der arbeitsbezogenen Verteilung« in die Praxis umzusetzen und die Ungleichheit zu begrenzen.<sup>61</sup> In diesem Punkt schließt Xiao Bin an Xiao Shiping an, der feststellt, dass »das Prinzip der Verteilung nach der Arbeit grundsätzlich nur in öffentlichen Unternehmen erreicht werden kann.«<sup>62</sup>

*pubbliche virtù. Lo stato delle privatizzazioni e il Reddito Sociale Minimo*, Napoli, MediaPrint, 2003, S. 1–4.

60 Xiao Bin, *Discrimination...*, a. a. O., S. 871; meine Hervorhebung.

61 Ebd.

62 Xiao Shiping, »*Stay True to the Original Mission and Move on*«: *Logic Deepening of the Connotations and Features of Socialism with Chinese Characteristics*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 874–877, hier S. 875.

6. Staatliche Unternehmen zahlen mehr Steuern als Privatunternehmen: Staatliche Unternehmen hatten 2014 einen Umsatz (*business revenue accounting*) von 23,7% aller Unternehmen, zahlten aber 44,6% der Steuern.
7. Schließlich sind die staatlichen Unternehmen an *regionalen Unterstützungsprogrammen* (z. B. in Tibet und Qinghai), an der Sozialfürsorge usw. beteiligt.<sup>63</sup>

Die Schlussfolgerung von Xiao Bin lautet: »Wenn wir die Effizienz staatlicher Unternehmen messen, sollten wir nicht nur ihre operativen Indikatoren, sondern auch ihren *sozialen Nutzen* und ihren *Beitrag zur Umsetzung der nationalen Strategie und Politik* berücksichtigen«. <sup>64</sup> Aber es gibt noch mehr: Xiao Bin ist der Ansicht, dass »der Haupttrugschluss des Diskurses über die »geringe Effizienz der staatlichen Unternehmen« darin besteht, die sozialistische Wirtschaft auf eine Marktwirtschaft zu reduzieren, die staatlichen Unternehmen mit dem Mikrosubjekt der kapitalistischen Marktwirtschaft gleichzusetzen und automatisch in der Fähigkeit des Kapitals, seine Rendite zu maximieren, den einzigen Indikator zur Bewertung der Effizienz der staatlichen Unternehmen zu sehen, und dabei die von der sozialen Produktion geforderte soziale Rationalität zu ignorieren. In dieser derart versimpelten »Effizienzfrage« werden die Vorteile der sozialistischen Marktwirtschaft unbemerkt versteckt«. <sup>65</sup>

Diese Überlegungen helfen uns, einen wichtigen Aspekt der jüngsten Entwicklungen in der chinesischen Wirtschaft zu verstehen: Die Rolle der staatlichen Unternehmen war in der Zeit nach 2008 besonders wichtig, da sie im Kontext der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwei entscheidende Funktionen ausübten, die des *Investors letzter Instanz* (und nicht nur als antizyklischer Stabilisator) und die des *Innovationsmotors*, entsprechend den allgemeineren Zielen

63 Xiao Bin, *Discrimination...*, a. a. O., S. 872.

64 Ebd., S. 871: meine Hervorhebung

65 Ebd., S. 872

der staatlichen Planung.<sup>66</sup> Andererseits bedeuten genau diese Funktionen der staatlichen Unternehmen, dass ihre Schulden heute in etwa dem chinesischen BIP und 60 % der gesamten Unternehmensverschuldung entsprechen und dass 28 % der staatlichen Unternehmen gegenüber nur 9 % der Privatunternehmen mit Verlust arbeiten.<sup>67</sup>

Angesichts all dessen ist es nicht überraschend, dass der Präsident der US-Handelskammer 2011 die staatlichen Unternehmen (und nicht die Abwertung des Renminbi) als die größte Bedrohung für die USA identifiziert hat.<sup>68</sup> Im selben Jahr forderte Hillary Clinton China auf, die Subventionen für staatliche Unternehmen zu reduzieren.<sup>69</sup> Auch in der Europäischen Union begann sich bereits 2012/2013 eine feindliche Ausrichtung auf den Kauf europäischer Unternehmen durch chinesische Staatsunternehmen durchzusetzen.<sup>70</sup>

Die derzeitige feindselige Ausrichtung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union gegenüber chinesischen Staatsunternehmen ist daher nichts Neues. Die chinesische Seite reagierte mit dem Hinweis auf die in der OECD festgelegte *Wettbewerbsneutrali-*

66 Dies betont A. Gabriele, *Enterprises...*, a. a. O.

67 J. Davis, *SOE reforms...*, a. a. O., S. 3; nach Auffassung von Gabriele tendiert dieser Autor aber, was die Rolle der SOE angeht, dazu, »hinichtlich der Effizienz auf der Ebene des Unternehmens die systemischen Vorteile zu unter- und die Kosten zu überschätzen« (Gabriele, *Enterprises...*, a. a. O.).

68 Zit. nach Yang Bin, *On the Increasing Risk of Economic Turmoil: U.S. and Europe's Transfer of Losses of Economic Crises, Domestic and External Transfer*, in *Frontiers of World Socialism Studies. Yellow Book of World Socialism 2013*, L. Shenming (Hg.), Istanbul-Berlin-London-Santiago, Canut International Publishers, Bd. 1, 2013, S. 105.

69 Zit. bei Zhao Minghao, *Reflections on the Predicaments of Capitalism in the West Today*, in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 1, S. 169.

70 Vgl. Cheng Enfu e Hou Weimin, *How Has »State Capitalism« Become the »New Pet« of the West?*, in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 1, p. 227.

tät in Bezug auf die verschiedenen Eigentumsformen.<sup>71</sup> Es ist jedoch klar, dass diese Ausrichtung einen direkten Angriff auf das chinesische Wirtschaftsmodell darstellt, bei dem die den staatlichen Unternehmen zugeschriebene Rolle ein wesentliches Element bildet. Im Westen gibt es schließlich auch solche, die über die bloße Forderung nach diskriminierender Behandlung des SOE hinausgehen: so etwa im Fall der »New York Times« vom 12. Februar 2017, die unter Berufung auf die Präsenz von Zellen der Kommunistischen Partei nicht nur in staatlichen, sondern auch in privaten Unternehmen zu der Schlussfolgerung kommt, dass »die moderne chinesische Wirtschaft« *insgesamt* »ein Partei-Firmen-Konglomerat« sei.<sup>72</sup>

### **6. Die »sichtbare Hand« des Staates und die Entwicklungsstrategie**

Der chinesische Staat lenkt die Wirtschaftstätigkeit nicht nur indirekt über staatliche Unternehmen, sondern auch direkt durch eine in Fünfjahresplänen formulierte *Planung*, die wiederum sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene formuliert ist. In diesem Zusammenhang mag es interessant sein, den chinesischen Standpunkt mit dem eines westlichen Autors zu vergleichen.

Auf einer Konferenz, die im Juli 2010 in Peking stattfand, sprach Zhao Fei von der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über das Verhältnis zwischen Staat und Markt in China. China ist eine »sozialistische Marktwirtschaft«.

71 Siehe dazu Gabriele, *Enterprises...*, a. a. O., der auch die Erklärungen des stv. Generalsekretärs der SASAC, Peng Huaguang, über die chinesische Grundeinstellung zum Unternehmenseigentum und gegen die ausländischen Diskriminierungen wiedergibt.

72 Yi-Zheng Lian, *China, the Party-Corporate Complex*, in *The New York Times*, 12. Februar 2017. Der Ausdruck »Party-Corporate Complex« knüpft bewusst an den Begriff »militärisch-industrieller Komplex« an, den Eisenhower verwendete, um eine gefährliche Tendenz der US-amerikanischen Wirtschaft und Politik zu charakterisieren.

Diese Definition bedeutet, dass der Markt funktionieren darf («Marktwirtschaft»), aber Chinas Wirtschaft ist immer noch »sozialistisch«, weil sein Wirtschaftssystem sozialistisch ist und die Führung der Kommunistischen Partei einschließt. Auf diese Weise ist das öffentliche Eigentum, selbst laut Verfassung, »vorherrschend«, sowohl weil die Schlüsselsektoren der Wirtschaft durch staatliche Unternehmen unter staatlicher Kontrolle stehen, als auch weil der Staat die makroökonomische Koordination und Regulierung ausübt: durch die Fünfjahrespläne ist es möglich, Entwicklungsplanung umzusetzen, und dies ist ein Vorteil der sozialistischen Marktwirtschaft gegenüber kapitalistischen Volkswirtschaften.

Im Mai 2011 reichte Stephen Roach, damals Präsident von Morgan Stanley Asia, zehn Gründe auf, warum er es für falsch hielt, zu glauben, dass das chinesische Wunder ein abruptes Ende nehmen würde. Der erste war dieser: »*Strategie*. Seit 1953 hat China seine Makroziele im Rahmen von Fünfjahresplänen mit klar definierten Ergebnissen und politischen Initiativen zur Erreichung dieser Ziele formuliert. Der kürzlich aufgelegte 12. Fünfjahresplan könnte durchaus ein Wendepunkt sein – er könnte zu einer Verlagerung der Achse vom sehr erfolgreichen Modell eines Erzeugerlandes, das die letzten 30 Jahre geprägt hat, hin zu dem einer blühenden Konsumgesellschaft führen.« Zum Thema Strategie kehrt Stephen Roach in den letzten Zeilen seines Artikels zurück: »Im Gegensatz zum Westen, wo selbst das Konzept der Strategie zu einem Oxymoron geworden ist, hat China diesem Übergang einen Rahmen von Maßnahmen gegeben, die darauf abzielen, die Zwänge der Nachhaltigkeit zu lockern.«<sup>73</sup>

In dem neuen Kontext, der durch die »Reform- und Öffnungspolitik« geschaffen wurde, ist die chinesische Planung nicht mehr so geeignet für die Kommandowirtschaft, die das sowjetische Modell kennzeichnete, in dem sich die meisten Produktionsmittel in den Händen des Staates befanden, aber sie ist nicht einmal eine »indika-

73 S. Roach, *Ten reasons why China is different*, in *Project Syndicate*, 27. Mai 2011.

tive Planung« wie im Frankreich der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie wird als Plan, als eine Strategie vorgestellt, die sich konzentriert auf die politisch festgelegten Prioritäten und auf strategische Makroprojekte, auf welche die erforderlichen Ressourcen ausgerichtet werden.

In einer Rede von Xi Jinping im Jahr 2012 finden wir auf einer einzigen Seite, nur wenige Zeilen auseinander, Konzepte wie »Intensivierung der Ausrichtung auf zentraler Ebene«, die Qualifizierung der Reform- und Öffnungspolitik als »systematisches Projekt« und die damit verbundene Notwendigkeit einer »Koordination der Reformen in allen Sektoren«. <sup>74</sup> In einem Interview des russischen Fernsehens im Jahr 2014 erwähnte Xi Jinping unter anderem, dass er »die Gesamtplanung vorantreiben« müsse. <sup>75</sup> Dieser *strategische und ganzheitliche Ansatz* spiegelt sich auch in den Schriften und Reden der folgenden Jahre wider. So sagt Xi von der Kommunistischen Partei, dass sie »ihre Fähigkeit verbessern muss, allgemeine Pläne, Strategien und Politiken zu formulieren«. <sup>76</sup> Die Provinzbehörden und Zentralabteilungen müssten »ein ganzheitliches Reformkonzept entwickeln«, und die Notwendigkeit eines »ganzheitlichen« Ansatzes wird mehrfach erwähnt. <sup>77</sup>

Dieser Strategiebegriff ist auch nicht verschwunden, nachdem dem Markt eine »entscheidende«, wenn auch »nicht ausschließliche« Rolle bei der »Allokation von Ressourcen« zugewiesen wurde. <sup>78</sup> Tatsächlich werden der Regierung in diesem Zusammenhang Aufgaben

74 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 82.

75 Ebd., S. 127.

76 Xi Jinping, *The Governance of China...*, a. a. O., S. 19.

77 Solche Äußerungen von Xi gibt es zur Arbeitsweise der Partei, zur Festigung des Rechts, zur Innovationsentwicklung, zur Koordinierung von Entwicklungen, zum Schutz der Umwelt und – in diesem Fall an die Teilnehmer des Forums von Davos gewandt – zu den Problemen der Globalisierung (ebd. S. 112, 65, 128, 224, 225, 524).

78 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 92, 94. Zuvor wurde von der »fundamentalen«, »grundlegenden« Rolle gesprochen. Zitiert wird nach den *Erläuterungen* zur Entschließung des ZK der KP Chinas zu einigen wichtigen, die umfassende Vertiefung der Reformen betreffenden Fragen vom 9. November 2013.

wie die Aufrechterhaltung der Stabilität der makroökonomischen Struktur, die Stärkung und Verbesserung des öffentlichen Dienstes, die Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs, die Intensivierung der Marktaufsicht, der Schutz der Marktordnung, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Gemeinwohls, die Behebung von Marktversagen, aber auch die »Erreichung und Aufrechterhaltung der vorherrschenden Rolle des öffentlichen Eigentums« übertragen.<sup>79</sup>

Heute ist China eine »gemischte Wirtschaft«.<sup>80</sup> Deshalb, so Xi, »müssen die ›unsichtbare Hand‹ des Marktes und die ›sichtbare Hand‹ der Regierung so eingesetzt werden, dass sie sich gegenseitig ergänzen, fördern und koordinieren und ein organisches Ganzes bilden, um eine nachhaltige und gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.<sup>81</sup> In all dem gibt es einen Fixpunkt: die »Erhaltung und Verfeinerung des grundlegenden Wirtschaftssystems. Ein grundlegendes Wirtschaftssystem, in dem das öffentliche Eigentum dominiert und in dem gleichzeitig andere Eigentumsformen entwickelt werden, bildet den Pfeiler, um den herum das System des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen konsolidiert und entwickelt werden kann.«<sup>82</sup> Diese Aussage, die in einer wichtigen Rede im Jahr 2013 enthalten ist, wird drei Jahre später von einer anderen, nicht weniger entscheidenden Aussage bestätigt: »Das grundlegende Wirtschaftssystem ... ist in der Verfassung festgeschrieben. Es wird nicht geändert und kann nicht geändert werden.«<sup>83</sup>

79 Ebd., S. 95

80 Ebd., S. 96. Gabriele definiert China als eine »gemischte sozialökonomische Formation« (Gabriele, *Enterprises...*, a. a. O.).

81 Xi Jinping, *Bisogna usare correttamente sia la »mano invisibile«, sia la »mano visibile«, in Governare la Cina...*, a. a. O., S. 143–146, hier S. 143

82 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 95.

83 Xi Jinping, *The Governance of China...*, a. a. O., p. 282. Es ist kein Zufall, dass diese Feststellung aus einer Rede über unterschiedliche

## 7. *The Clash of Names.* *China: Kapitalismus oder Sozialismus?*

Wie wir gesehen haben, macht die Komplexität der chinesischen Gesellschaft es schwer, sie in einer Definition zu fassen. Die vorherrschende Meinung im Westen ist, dass wir es mit einem seltsamen Hybriden zu tun haben, der eine kapitalistische Wirtschaftsform mit einem »kommunistischen« (d. h. autoritären) politischen System verbindet. Zahlreiche Definitionsversuche entsprechen dieser Tendenz: »*socialism is the name, capitalism is the game*« (Sozialismus ist der Name, Kapitalismus ist das was gespielt wird), »bürgerlicher Sozialismus«, »neo-bürokratischer Kapitalismus«, oder sogar – wie man vor einigen Jahren in der »Süddeutschen Zeitung« lesen konnte – »Kapitalismus leninistischen Typs«. <sup>84</sup> Diese konzeptuellen Kurzschlüsse (wenn nicht direkt Oxymora) weisen bereits an sich auf die Schwierigkeit hin, die chinesische Realität in einem der Schemata, an die wir gewöhnt sind, zu formulieren.

Dies wird auch durch die Definitionen der chinesischen Seite bestätigt. Das sind im Wesentlichen zwei, die zusammen zu lesen sind: »Sozialismus mit chinesischen Merkmalen« (1982 von Deng Xiaoping geprägte Formel) und »Marktsozialismus« oder »sozialistische Marktwirtschaft«. Haben wir es auch in diesem Fall mit Oxymora zu tun? Wie leicht zu erwarten ist, ist Xi Jinpings Antwort auf diese Frage – aber allgemeiner auf diejenigen, die sich fragen, ob die gegenwärtige chinesische Wirtschaftsformation nicht mehr als eine Form des verkleideten Kapitalismus sei – negativ: »Sozialismus mit chinesischen Merkmalen ist eine Form des Sozialismus, er gehört nicht zu anderen Doktrinen.« <sup>85</sup> Die chinesischen marxistischen Gelehrten haben die Formulierung von Xi übernommen, um den

Eigentumsformen stammt: *Promote the Healthy Development of Diverse Forms of Ownership*, 4. März 2016.

84 Chr. Giesen, *China im Zweikampf der Systeme*, in »Süddeutsche Zeitung«, 4. November 2016.

85 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 26.

Sozialismus mit chinesischen Merkmalen in die marxistische Tradition zu stellen, wobei sie sich allerdings auf die Besonderheiten der chinesischen Erfahrung beziehen: »Die Theorie des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen ist nur das Produkt der Kombination von Marxismus und der ersten Stufe des Sozialismus in China.«<sup>86</sup>

Ich meinerseits glaube, dass es, um die Frage ernsthaft zu behandeln, erforderlich ist, zunächst – in notwendigerweise knapper Form – auf einige grundlegende Passagen der marxistischen Tradition und der Geschichte des Kommunismus des 20. Jahrhunderts Bezug zu nehmen.

### **8. Vergleich mit den Merkmalen der Übergangsgesellschaft und der ersten Phase des Kommunismus nach Marx**

Marx befasste sich bekanntlich nicht gerne mit Rezepten »für die Garküche der Zukunft«<sup>87</sup>. Aus diesem Grund finden sich in seinen Werken nur spärliche und verstreute Hinweise auf die Gestalt der kommunistischen Gesellschaft. Die wichtigste Ausnahme sind die *Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei*, besser bekannt als *Kritik des Gothaer Programms* von 1875. Sie wurden zu Lebzeiten von Marx nicht veröffentlicht, waren im 20. Jahrhundert aber äußerst erfolgreich. Marx unterscheidet in diesem Text zwei Phasen des Kommunismus, die erste gekennzeichnet durch die Entlohnung eines jeden entsprechend seiner Arbeit, die zweite zusammengefasst in der berühmten Losung: »Jeder nach seinen Fähig-

86 Li Shenming, *Socialism with Chinese Characteristics is Scientific Socialism Rather Than Other Types*, in AA.VV., *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 1–7, hier S. 3. Siehe auch, im selben Band, Zhou Xincheng, *How to Comprehend Socialism with Chinese Characteristics*, S. 1055 ff.

87 K. Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, Berlin, Dietz Verlag, 1984, S. 25 (Nachwort zur zweiten Ausgabe).

keiten; jedem nach seinen Bedürfnissen«. <sup>88</sup> Von Lenin an wurden diese beiden Phasen als Sozialismus bzw. Kommunismus bezeichnet. Für Marx gab es bereits in der ersten Phase die Abschaffung von Waren und Geld. So lesen wir in der *Kritik des Gothaer Programms*:

»Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. (...)

Demgemäß erhält der einzelne Produzent (...) exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück. Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. (...) Es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

88 K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms...*, a. a. O., S. 20. Zum Schicksal dieses Texts sh. V. Giacché, *La fine della produzione mercantile nella Critica al Programma di Gotha di Marx. Vicende novecentesche di una teoria*, in: *Marx200*, Sondernummer der Zeitschrift »dianoia«, hg. von F. Cerrato u. G. Imbriano, Modena, Mucchi Editore, n. 26, Juni 2018, S. 203–221.

Das *gleiche Recht* ist hier (...) stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird.«<sup>89</sup>

Diese Aussagen von Marx sind alles andere als improvisiert: Die Idee, dass in einer sozialistischen Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass der Produktionsprozess nun »als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht«, die Verteilung der Produkte der gesellschaftlichen Arbeit nicht mehr durch Warenbeziehungen und den Gebrauch von Geld vermittelt wird, findet sich auch im ersten Band des *Kapitals*, auf Seiten, die bereits den Faden der Argumentation zu enthalten scheinen, der damals in der *Kritik des Gothaer Programms* offenbart wurde;<sup>90</sup> und noch früher, in den *Grundrissen*, hatte Marx geschrieben, »damit die Arbeit sich wieder zu ihren objektiven Bedingungen als ihrem Eigentum verhalte, muß ein andres System an die Stelle des Systems des Privataustauschs treten«.<sup>91</sup>

Die in der Gothaer Programmkritik enthaltenen Überlegungen bleiben jedoch in dieser Hinsicht die kohärentesten von Marx. Ihnen können verschiedene Stellen aus Engels' *Anti-Dühring* zur Seite gestellt werden, zur indirekten Messung der gesellschaftlichen Arbeit über den Wert der Waren und deren Austausch, zum Geld als allgemeinem Äquivalent und Verselbständigung des Werts,<sup>92</sup> sowie zum Ende des Warenaustauschs, wenn die Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft übergegangen sind: »Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die

89 K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms...*, a. a. O., S. 18–20.

90 K. Marx, *Das Kapital*, a. a. O., S. 92–94.

91 K. Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in MEW Band 42, S. 417.

92 F. Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in K. Marx, F. Engels, *Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band V*, Berlin, Dietz Verlag, 1989, S. 336 f.

Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation«; und noch einmal: »Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit.«<sup>93</sup>

Bekanntlich wurde im nachrevolutionären Russland (in der Zeit des sogenannten »Kriegskommunismus«) die Abschaffung von Waren und Geld versucht, aber Lenin musste mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) schnell wieder zurückrudern.<sup>94</sup> Jedenfalls beseitigte Lenins Weigerung, den Sozialismus als bereits erreicht zu proklamieren, grundsätzlich das Problem der Kohärenz zwischen der Neuen Ökonomischen Politik und den Hinweisen, die aus der *Kritik des Gothaer Programms* gewonnen werden konnten. Die Dinge sollten sich mit dem Aufstieg Stalins und der Theorie des »Sozialismus in einem Land« ändern. Mit der völligen Verstaatlichung der Produktionsmittel in der Industrie und mit der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde die Frage der Ersetzung der Warenproduktion und des Warenaustausches durch den direkten Gütertausch wieder aktuell. Diesmal war es jedoch Stalin, der die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Marktbeziehungen bekräftigte. 1934 nahm er in seinem Bericht an den 17. Parteitag Stellung gegen »das ultra linke Geschwätz, das unter einem Teil unserer Funktionäre in Umlauf ist, dass nämlich der Sowjethandel ein überholtes Stadium sei, dass wir den direkten Produktaustausch organisieren müssten, dass das Geld bald abgeschafft werden würde, weil es zu einem bloßen Rechenschein geworden sei, dass man den Handel nicht zu entwickeln brauche, da doch der direkte Produktaustausch bereits vor der Tür stehe.« Der direkte Austausch von Produkten, so Stalin,

93 F. Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, a. a. O., S. 310, 338; von Interesse auch S. 338–342.

94 Siehe V. Giacché, *Lenins ökonomisches Denken nach der Oktoberrevolution*, Essen, Neue Impulse Verlag, 2018, Kap. 4, S. 87–134.

könne »nur als Ablösung und Ergebnis eines ideal organisierten Sowjethandels kommen (...), von dem bei uns noch nicht die leiseste Spur vorhanden ist«, und er betonte, »dass das Geld bei uns noch lange bestehen wird, bis zum Abschluss des ersten Stadiums des Kommunismus, des sozialistischen Entwicklungsstadiums«.95

Die Verwirklichung des Sozialismus in der UdSSR vorausgesetzt, konnte die Beständigkeit der Marktverhältnisse innerhalb der UdSSR nur um den Preis einer Änderung der Merkmale der ersten Phase des Kommunismus gegenüber den von Marx gegebenen Hinweisen gerechtfertigt werden.

Stalin kehrte in einer seiner späteren Schriften in kohärenter Form zu dieser Frage zurück: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*,<sup>96</sup> 1952. Hier setzt Stalin direkt mit dem Problem des Fortbestehens der Warenproduktion im Sozialismus an und begründet dieses mit der vorübergehenden Existenz verschiedener Eigentumsformen, insbesondere der kleinbäuerlichen Produktion neben der staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft. Stalin stellt auch die Identifikation der Warenproduktion mit der kapitalistischen Produktion in Frage, und folglich die Annahme, das Wertgesetz sei das Grundgesetz nicht nur der Warenproduktion, sondern des Kapitalismus. Das Wertgesetz behalte auch im Sozialismus seine wenn auch (insbesondere auf den Konsumgütermarkt) begrenzte Gültigkeit, anders als im Kapitalismus reguliere es aber nicht die gesamte Wirtschaft. Wert und Wertgesetz würden erst mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden, also erst in der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft und nicht schon in deren erster Phase (wie dies Marx vorhergesagt hatte).<sup>97</sup>

Das Schicksal von Stalins Text *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR* verdient zumindest eine Erwähnung: Das Eingee-

95 <https://kommunistische-geschichte.de/StalinWerke/stalin-band13.pdf>; hier S. 193 f.

96 <https://kommunistische-geschichte.de/StalinWerke/stalin-band15.pdf>; S. 195–242.

97 Ebd., passim; vor allem S. 199–206.

ständnis des Fortbestehens der Warenproduktion im Sozialismus wurde nach dem Tod des Verfassers dazu benutzt, die »Negation der Möglichkeit jeglichen Kompromisses zwischen zentralisierter Planung und Markt«<sup>98</sup> in Frage zu stellen und schließlich die Aufgabe des Modells der zentralisierten Planung, das sich in der Stalinzeit durchgesetzt hatte, zugunsten eines Modells vorzuschlagen, das den Unternehmen mehr Autonomie lässt. In den 1960er Jahren war sowohl in der UdSSR als auch in den Ländern Osteuropas die Existenz der Warenproduktion im Sozialismus unumstritten; und galt, im Gegensatz zu dem, was Stalin gemeint hatte, nicht als der mehr oder weniger »übrig gebliebenen« Koexistenz verschiedener Eigentumsformen geschuldet, sondern wurde als Folge anderer Erscheinungen, wie der noch unzureichenden Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Bewusstseins sowie des »Einflusses der historischen Kontinuität in den Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit« betrachtet.<sup>99</sup> Dies ist in Wahrheit eine Reihe von Faktoren, die nicht unbestreitbar etabliert sind und über die weiterhin diskutiert wird. Manchmal werden sie letztlich auf das Entwicklungsstadium der Produktivkräfte zurückgeführt, in anderen theoretischen Arbeiten wird das Fortbestehen der Warenproduktion auf Faktoren wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die relative Unabhängigkeit der Unternehmen zurückgeführt.<sup>100</sup>

98 M. Dobb, *Sviluppo economico e pianificazione*, Roma, Editori Riuniti, 1963, S. 107.

99 Autorenkollektiv, *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, Berlin, 1969, S. 264. Das Werk ist eine Art *Summe* der wirtschaftspolitischen Konzeptionen der DDR während des von Walter Ulbricht betriebenen Reformversuchs. Bei J. Kosta, *Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis*, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1974, S. 89, werden fünf verschiedene Ursachen für das Fortbestehen der Warenproduktion im Sozialismus genannt, und auf S. 113 wird betont, dass »das Fortbestehen von Warenproduktion im Sozialismus keineswegs monokausal erklärt werden kann«.

100 Siehe z. B. F. Matho, *Ware-Geld-Beziehungen im neuen ökonomischen System*, Berlin, Dietz Verlag, 1965, S. 34, u. H. Richter, W. Schliesser,

Was China betrifft, hat die Abschaffung von Waren und Geld im engeren Sinne auch in der Maozeit nicht stattgefunden. Tatsächlich sprechen Kritiker, die sich auf die marxistische Tradition berufen, davon, die kapitalistische Produktionsweise sei »durch die Revolution von 1949« nur »vermeintlich« in Frage gestellt worden.<sup>101</sup> In Wirklichkeit wurde auch in China, wie in der Sowjetunion, der Versuch unternommen, ein System der »vollständigen« zentralisierten Planung und der direkten Produktion von Gebrauchswerten aufzubauen, ohne den Weg über Ware und Geld zu gehen: aber gerade im Lichte der Ergebnisse dieses Versuchs »ist die KPCh allmählich zu der Einsicht gelangt, dass es nicht möglich ist, den Prozess der Reproduktion des Kapitals und die Valorisierung in Geldform durch einen Mechanismus der zentralisierten Planung auf der Grundlage physischer Größen vollständig zu eliminieren«.<sup>102</sup>

*Nimmt man das Verschwinden der Warenproduktion als einzigen Parameter des sozialistischen Charakters einer Gesellschaft,* so können angesichts der enormen Entwicklung der Warenbeziehungen in China in den letzten Jahrzehnten weder Maos China noch das von Deng und seinen Nachfolgern als solche betrachtet werden. In Wirklichkeit hat sich in den Diskussionen über die Besonderheiten des Sozialismus im 20. Jahrhundert – auch bei Denkern, die den Entwicklungen in den Ländern des »realen Sozialismus« sehr kritisch gegenüberstehen – eine andere Position in diesem Punkt herausgebildet. Deutlich formuliert dies Fritz Behrens: »Das grundlegende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise ist (...) nicht die Aufhebung der Warenproduktion, sondern die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft!«<sup>103</sup> Also nicht die Warenproduk-

*Die Warenproduktion im Sozialismus*, Berlin, Dietz Verlag, 1977, S. 32.

101 M. Gaulard, *Karl Marx à Pékin. Les racines de la crise en Chine capitaliste*, Paris, Demopolis, 2014, S. 10.

102 A. Gabriele, *Enterprises...*, a. a. O.

103 F. Behrens, *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken*, in F. Behrens, *Abschied von der sozialen Utopie*, Berlin, Akademie Verlag, 1992, S. 135.

tion als solche (die es vor, im und nach dem Kapitalismus gibt), sondern der Warencharakter der *Lohnarbeit* macht den entscheidenden Unterschied. Aber offensichtlich würde auch unter diesem Gesichtspunkt, selbst wenn die Arbeiter aller Staatsunternehmen aus der Kategorie der Lohnarbeit herausgenommen würden (ein Schritt, den Behrens selbst abgelehnt hatte), immer noch eine beträchtliche Menge von Arbeitern in kapitalistischen Unternehmen arbeiten.

Das Thema der Warenproduktion ist jedoch nicht das einzige, das von Marx und Engels mit Bezug auf den Übergang zum Sozialismus erwähnt wird, und es ist bekannt, dass in der marxistischen Tradition die *Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln* für die Definition der Gesellschaft zentral ist. In diesem Zusammenhang erwähnt das *Manifest der Kommunistischen Partei* das Ziel, »alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren«; gefordert wird die »Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats«, die »Zentralisation alles Transportwesens in den Händen des Staats« und die »Expropriation des Grundeigentums«.<sup>104</sup>

In den *Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland*, die im März 1848 aufgestellt und von Marx und Engels zusammen mit anderen Revolutionären unterzeichnet wurden, wird auch die Verstaatlichung der Banken (»An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat«), »aller Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten, etc.«; sowie die »Errichtung von Nationalwerkstätten« gefordert; »der Staat garantiert (damit) allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen«.<sup>105</sup>

Über den Grundbesitz wird sich Marx in einer viel späteren Schrift vom März-April 1868 äußern und für die Notwendigkeit einer

104 K. Marx, F. Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, in MEW Bd. 4, S. 480.

105 K. Marx, F. Engels, *Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland*, in MEW Bd. 5, S. 3.

»Nationalisierung« von Grund und Boden plädieren. Ich zitiere die entscheidenden Passagen:

»Die Zukunft wird entscheiden, daß der Boden nur nationales Eigentum sein kann. Das Land an assoziierte Landarbeiter zu übergeben, würde heißen, die ganze Gesellschaft einer besonderen Klasse von Produzenten auszuliefern. Die Nationalisierung des Grund und Bodens wird eine vollkommene Änderung in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital mit sich bringen und schließlich die gesamte kapitalistische Produktion beseitigen, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft. Nur dann werden die Klassenunterschiede und Privilegien verschwinden, zusammen mit der ökonomischen Basis, der sie entspringen, und die Gesellschaft wird in eine Assoziation freier »Produzenten« verwandelt werden. Von anderer Leute Arbeit zu leben wird eine Angelegenheit der Vergangenheit sein! Dann wird es weder eine Regierung noch einen Staat geben, die im Gegensatz zur Gesellschaft selbst stehen!

Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, mit einem Wort alle Zweige der Produktion werden allmählich auf die nutzbringendste Art organisiert werden. *Die nationale Zentralisation der Produktionsmittel* wird die natürliche Basis einer Gesellschaft werden, die sich aus Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten zusammensetzt. Das ist das Ziel, welchem die große ökonomische Bewegung des 19. Jahrhunderts zustrebt.«<sup>106</sup>

Diese Passage verdeutlicht zwei Aspekte der Position von Marx, die von großer Bedeutung für die Diskussion über die heutige chinesische sozialökonomische Formation sind: Erstens ist die nationale Zentralisierung der Produktionsmittel in öffentlicher Hand die Grund-

106 K. Marx, Über die Nationalisierung des Grund und Bodens, in MEW Bd. 18, S. 62. Zur Bedeutung dieser Stelle bei Marx für das Verständnis des sozialökonomischen Charakters der chinesischen Gesellschaft sh. E. Krenz, *China...*, a. a. O., S. 49.

lage der Selbstverwaltung der Produzenten; zweitens ist in diesem Zusammenhang die »Verstaatlichung« des Bodens bedeutsam.

Dies hilft uns zu klären, ob es richtig ist, die öffentliche Form des Eigentums im heutigen China als »vorherrschend« zu betrachten. In der Regel werden bei der Beurteilung dieses Punktes nur Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes berücksichtigt, während in China die Frage des Landbesitzes entscheidend erscheint. Berücksichtigt man auch letzteres, so kann man sicher davon ausgehen, dass *das öffentliche Eigentum in China sowohl qualitativ* (Eigentum an den für die Wirtschaft des Landes entscheidenden Produktionsmitteln) *als auch quantitativ vorherrschend* ist.

Es ist zu beobachten, wie genau auf dieser Annahme die Taxonomie der heutigen Gesellschaftsformen basiert, die Cheng Enfu und Hou Weimin in einer wichtigen Schrift vorschlagen: Angenommen, dass »es die [Form des] vorherrschenden Eigentums ist, was die wirtschaftliche Natur einer Gesellschaft bestimmt und definiert«, dann ist der entscheidende Unterschied der zwischen Kapitalismus und Sozialismus. »Wenn wir dann die Beziehungen zwischen Regierung und Markt analysieren, kann der Kapitalismus wiederum in Marktkapitalismus (liberaler Kapitalismus, vertreten durch die USA) und Plankapitalismus (monopolistischer Staatskapitalismus, vertreten durch Frankreich) unterschieden werden«, während »der Sozialismus in Plansozialismus (»Staatssozialismus«, vertreten durch das traditionelle China<sup>107</sup> und die Sowjetunion) und Marktsozialismus (sozialistische Marktwirtschaft, vertreten durch China seit der Reform- und Öffnungspolitik und von Vietnam) unterschieden werden kann. Die Unterschiede zwischen Plansozialismus und Marktsozialismus betreffen die Beziehungen zwischen Markt und Planung, zwischen Marktregulierung und Regulierung durch den Staat, zwischen freiem Wett-

107 Gemeint ist das China Maos, vor den Reformen.

bewerb und wirtschaftlichem Monopol, zwischen Faktoren der Ressourcenallokation und wirtschaftlicher Regulierung.«<sup>108</sup>

Wenn wir nun die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in Bezug auf die Merkmale des »Sozialismus« (oder besser: der ersten Phase des Kommunismus) nach Marx abschließend zusammenfassen wollen, stellen wir fest, dass wir es mit einer recht komplexen Situation zu tun haben. In der Tat gilt für China:

1. Das Eigentum ist nicht vollständig öffentlich (aber das öffentliche Eigentum herrscht vor),
2. Weder die Warenproduktion noch das Geld wurden beseitigt;
3. Die Lohnarbeit wurde nicht beseitigt (obwohl davon auszugehen ist, dass sie für einige Unternehmenskategorien nicht mehr als Lohnarbeit gilt);
4. Die – zunächst »grundlegende«, jetzt »entscheidende« – Rolle des Marktes bei der Ressourcenallokation besteht neben einer umfassenden öffentlichen Regulierung und Planung;
5. Die Verteilung des Reichtums entsprechend der Arbeit ist in der Verfassung vorgesehen, wenn auch nicht mehr als ausschließliche Verteilungsmethode.

### ***9. Die Probleme der Definition nachrevolutionärer Gesellschaften: drei zentrale Punkte***

Die Schwierigkeiten, die heutige sozialökonomische Formation Chinas theoretisch zu erfassen, weisen zwar ihre Besonderheiten auf, sind aber nichts grundsätzlich Neues. Das Problem einer angemessenen Definition der nachrevolutionären Gesellschaft gibt es seit der Oktoberrevolution. Dies ist nicht der Ort für eine eingehende Auseinandersetzung mit den Debatten, die zu diesem Thema stattgefunden haben. Es lassen sich jedoch drei zentrale Probleme ausmachen.

108 Sh. Cheng Enfu u. Hou Weimin in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 1, S. 228.

1. Die *Koexistenz verschiedener Produktionsweisen* in der nachrevolutionären Gesellschaft. Was Russland betrifft, so wies Lenin auf das Fortbestehen/die Präsenz verschiedener Produktionsweisen hin (er nannte fünf) sowie auf die Vorherrschaft vorsozialistischer Produktionsverhältnisse (und sogar die Existenz *vorkapitalistischer* Produktionsverhältnisse).<sup>109</sup> Im Lichte dieser Koexistenz (und der Vorherrschaft vorsozialistischer Beziehungen) sah Lenin einerseits in der Einführung des Staatskapitalismus im nachrevolutionären Russland einen Fortschritt, war er andererseits immer sehr bemüht, die russische nachrevolutionäre *Gesellschaft* (»die neuen ökonomischen Zustände«)<sup>110</sup> nicht als »sozialistisch« zu definieren. Dennoch zögerte Lenin nicht zu sagen, dass »unser Staat eine sozialistische Sowjetrepublik ist.«<sup>111</sup> Dies hilft uns, auf eine zweite wesentliche Frage einzugehen, die sich um das Problem der Macht dreht.
2. Das Problem der Macht, d. h. die *Zentralität des Machtbesitzes* für die Definition oder Nicht-Definition des nachrevolutionären Staates als »sozialistisch«. Die Tatsache, dass die politische Macht bei der kommunistischen Partei liegt, die das Ziel hat, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, wird wesentlich, um den nachrevolutionären Staat zu definieren. Dies wird von Lenin, ein bemerkenswerter Umstand, in demselben Zusammenhang betont, in dem er *bestreitet*, dass die russische Gesellschaft bereits sozialistisch sei. Hier die diesbezügliche Passage: »*Es ist noch ein weiter Weg, bis wir die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beendet haben werden.* (...) Wir wissen, wie schwer der Weg ist, der vom Kapitalismus zum Sozialismus führt, aber wir müssen sagen, daß *unsere Sowjetrepublik eine sozialistische Republik ist, weil wir diesen Weg beschritten*

109 W.I. Lenin, Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in LW Bd. 27, S. 328.

110 Ebd.

111 W.I. Lenin, *Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare*, 11. (24.) Januar 1918, in LW Bd. 26, S. 464.

*haben*«. Deshalb kann Lenin denselben Zuhörern sagen: »Sie werden richtig handeln, wenn Sie sagen, daß unser Staat eine sozialistische Republik ist. Sie werden ebenso richtig handeln wie diejenigen, die viele bürgerliche Republiken des Westens demokratisch nennen, obwohl allen bekannt ist, daß es auch unter den demokratischsten Republiken keine einzige gibt, die vollkommen demokratisch wäre.«<sup>112</sup>

Ähnlich argumentierte kürzlich Egon Krenz, um den Charakter des chinesischen Staates zu definieren: »Bei der Beurteilung des Sozialismus chinesischer Prägung gibt es nach meiner Beobachtung ein fundamentales Missverständnis. Die Tatsache, dass China ein sozialistisches Land ist, bedeutet ja keineswegs, dass China schon den Sozialismus hat. Der sozialistische Staat ist die politische Grundlage dafür, dass die neue Gesellschaftsordnung überhaupt gestaltet werden kann.«<sup>113</sup>

Offensichtlich führt dieser Ansatz ein subjektives Element ein, das sich zum Missbrauch eignet (vor allem der Anspruch der Partei, das Proletariat *in jedem Fall* zu vertreten, und die konkrete – häufig bestätigte – Gefahr einer Diktatur der Partei *über* das Proletariat »im Namen des Proletariats«). Darüber hinaus führt sie ganz allgemein eine Zentralität der Politik und ein voluntaristisches Element in den Aufbau des Sozialismus ein, an dem sich die ökonomischen Gesetze hart rächen können (die Geschichte des 20. Jahrhunderts geizt nicht an Beispielen dieser Art). Es

112 Ebd., S. 464f. (Hervorhebungen von Lenin).

113 E. Krenz, *China...*, a. a. O., S. 59. Diese Zentralität des politischen Aspekts wird neuerdings auch von anderen Autoren betont: So stellt z. B. Gaio Doria fest, dass »ein sozialistisches System ein politisches System ist, das von einer marxistischen-leninistischen Partei geschaffen und geleitet wird. Die Partei ist bemüht, mittels der Kontrolle des Staatsapparats und diesen als Instrument nutzend, das eigene politische Programm umzusetzen, nämlich den Kommunismus zu erreichen.« (G. Doria, *A Study about the development of the socialist system in China*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 1091–1096, hier S. 1092).

bleibt jedoch die Tatsache, dass in der sowjetischen wie in der chinesischen Geschichte die Machtergreifung durch die kommunistische Partei in einem wesentlichen Punkt eine Diskontinuität geschaffen, die traditionellen herrschenden Klassen nämlich der Macht beraubt hat. So der »wunde Punkt«, den Friedrich Engels in seinem Brief an Max Oppenheim vom 24. März 1891 in Bezug auf Verstaatlichungen betont hatte: »Das ist ja grade der wunde Punkt, daß, solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist.«<sup>114</sup> Kürzlich hat Branko Milanović deutlich gemacht, dass die Bourgeoisie in China heute keine politische Macht hat und dass es auch nicht ausgemacht sei, dass sie diese in Zukunft an sich reißen kann.<sup>115</sup> Die Frage des Machtbesitzes hilft uns, die dritte und letzte problematische Frage, die des »Staatskapitalismus«, einzuführen.

3. Das Thema »*Staatskapitalismus*« ist nicht zufällig einer der zentralen Punkte der Kontroversen in den und um die nachrevolutionären Staaten. Seit 1918 war sie unter den Bolschewiki umstritten, und Lenin kam in seinen letzten Schriften mehrfach auf sie zurück. Er tat dies am 18. März 1922, während des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei, im Streit mit Preobraschenski. »Staatskapitalismus ist Kapitalismus«, hatte Preobraschenski gesagt, »und nur so kann und muss er verstanden werden.« Lenin nannte dies »Scholastik«. Die Entwicklungen im postrevolutionären Russland seien so neu, »kein Marx und kein Marxist konnten das voraussehen.«<sup>116</sup> In Sowjetrußland, so Lenin, liege die Kontrolle des Staates nicht mehr in den Händen der Bourgeoisie, und deshalb, so fuhr er fort, ist »der Staatskapitalismus bei uns jetzt nicht dasselbe (...), worüber die Deutschen geschrieben haben.

114 F. Engels, *Brief an Max Oppenheim*, 24. März 1891, in MEW Bd. 38, S. 64.

115 B. Milanović, *Capitalism, alone...*, a. a. O., S. 105 f., 113–118.

116 W. I. Lenin, *Schlufßwort zum politischen Bericht des ZK der KPR(B)*, 28. März 1922, in LW Bd. 33, S. 296.

Das ist ein von uns zugelassener Kapitalismus«. Man müsse »zu erreichen suchen, daß der Staatskapitalismus im proletarischen Staat nicht imstande ist und es nicht wagt, die ihm vom Proletariat gesetzten Grenzen und Bedingungen, die für das Proletariat vorteilhaften Bedingungen, zu überschreiten.«<sup>117</sup> Für Lenin gibt es einen entscheidenden Grund, warum diese Herausforderung vom Sowjetstaat gewonnen werden kann: weil dieser über das Eigentum am Boden und an den strategischen Industriezweigen verfügt. In seinem Bericht an den IV. Kongress der Kommunistischen Internationale sagt er: »Der Staatskapitalismus, den wir bei uns geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus. Er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. *Wir halten alle Kommandohöhen in unseren Händen.* (...) Unser Staatskapitalismus unterscheidet sich von einem buchstäblich aufgefaßten Staatskapitalismus dadurch, daß *der proletarische Staat nicht nur den Grund und Boden, sondern auch alle wichtigsten Teile der Industrie in seinen Händen hält.*«<sup>118</sup>

Es mag als eine bloße Erklärung dessen erscheinen, was Lenin bereits vor dem vorangegangenen Kongress der Kommunistischen Internationale gesagt hatte: »Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der das Kapital die Macht hat, und Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat – das sind zwei verschiedene Begriffe. In einem kapitalistischen Staat bedeutet Staatskapitalismus, daß der Kapitalismus vom Staat anerkannt und von ihm kontrolliert wird zum Nutzen der Bourgeoisie und gegen das Proletariat, Im proletarischen Staat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterklasse, um gegen die noch immer starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können.«<sup>119</sup> Aber in der

117 Ebd., S. 298.

118 W.I. Lenin, *Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern*, 13. November 1922, in LW Bd. 33, S. 413 f.; meine Hervorhebung

119 W.I. Lenin, III. Kongreß der kommunistischen Internationale. Referat über die Taktik der KPR, 5. Juli 1921, in LW Bd. 32, S. 514. Hier bezieht

Rede auf dem IV. Kongress der Kommunistischen Internationale gibt es noch etwas mehr: Es gibt die Klarstellung, dass *im proletarischen Staat die Hauptproduktionsmittel dem Staat gehören*. Dies, sagt Lenin nun, ist das konkrete Unterscheidungsmerkmal des proletarischen Staates, das daher auch die besondere Konfiguration bestimmt, die der Staatskapitalismus in diesem Zusammenhang annimmt.

Mit anderen Worten: *Der Staatskapitalismus nimmt dort, wo die Macht in den Händen der kommunistischen Partei liegt und die Hauptproduktionsmittel dem Staat gehören (oder, wie wir sagen könnten, wo das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln vorherrscht) eine eigentümliche Konfiguration an, die nicht auf den traditionellen Staatskapitalismus reduziert werden kann.*

Interessant ist, dass der Begriff »Staatskapitalismus« in den letzten Jahren wieder in Mode gekommen ist. Vor Jahren hatte eine Ausgabe des »Economist« einen Lenin mit einer unverkennbar kapitalistischen Zigarre auf dem Cover unter dem Titel »*Der Aufstieg des Staatskapitalismus. Der Aufstieg des Staatskapitalismus. Das neue Modell der aufstrebenden Welt*« [*The Rise of State Capitalism. The Emerging World's New Model*].« Die Ausgabe enthielt eine ganze Beilage, die diesem Thema gewidmet war, mit dem Titel *Die sichtbare Hand* und eingeleitet durch den gleichnamigen Artikel von Adrian Wooldridge, der hervorhob, dass es im 20. Jahrhundert zwei große Zyklen gegeben hatte: von 1900 bis 1970 einen Zyklus der zunehmenden Bedeutung des Staates in der Wirtschaft, von 1970 bis 2000 die Rückkehr der Anhänger des freien Marktes. Mit der Krise, die 2008 ihr Symbol in der Pleite von Lehman Brothers fand, erlitt dieser zweite Zyklus – so Wooldridges These – einen herben Rückschlag. Aber das ist noch nicht alles: »Die Krise des liberalen Kapitalismus wurde durch das Wachstum einer mächtigen Alternative verschärft: des Staatskapitalismus«, den Wooldridge als »den schlimmsten Feind, dem der

sich Lenin auf die Nutzung des »Staatskapitalismus« als Instrument zur Konzentration und Koordinierung der Wirtschaftstätigkeit.

liberale Kapitalismus bisher gegenüberstand«, betrachtet.<sup>120</sup> Idealerweise können wir diesem Titelblatt eine weitere Schlagzeile hinzufügen, die im September 2019 in der deutschen Tageszeitung »Handelsblatt« veröffentlicht wurde: »Das Peking-Paradox: Chinas unheimlicher Erfolg mit dem Staatskapitalismus«.<sup>121</sup>

Es ist interessant, dass chinesische Gelehrte unserer Zeit, die viel weniger geneigt als Lenin sind, subtile Unterscheidungen zu treffen, das auf China angewandte »Etikett« des Staatskapitalismus ablehnen.<sup>122</sup> Für Cheng Enfu und Hou Weimin ist es ein Ablenkungsmanöver, um die Aufmerksamkeit vom Scheitern abzulenken, nicht des »Laissez-faire-Kapitalismus« (dem Liberalismus) – normalerweise im Gegensatz zum »Staatskapitalismus« –, sondern vom »kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf dem Privateigentum [an den Produktionsmitteln] basiert«.<sup>123</sup> Auch für Yu Bin ist die Unterscheidung zwischen »*laissez faire (liberal) capitalism*« und »*state capitalism*« eine Pseudoklassifizierung.<sup>124</sup> Diese Autoren lehnen offensichtlich die Verwendung des Begriffs »Kapitalismus« für China generell ab: Ihrer Ansicht nach bedeutet dies einerseits die Verwechslung der Verwendung des Marktinstrumentes mit dem »Grundsystem« der Gesellschaft und andererseits die Verwendung von Verteilungsproblemen,

120 A. Wooldridge, *The Visible Hand*, in *The Economist*, Special Report, 21. Januar 2012, S. 3 f.

121 N. Bastian, D. Heide, Sha Hua, J. Münchrath, »Das Peking-Paradox: Chinas unheimlicher Erfolg mit dem Staatskapitalismus«, »Handelsblatt«, 27. September 2019.

122 Zhao Minghao, *Reflections on the Predicaments of Capitalism in the West Today*, in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 1, S. 167.

123 Vgl. Cheng Enfu u. Hou Weimin, *How Has »State Capitalism« Become the »New Pet« of the West?*, in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 1, S. 223 ff.

124 Yu Bin, *On Essential Distinction between Socialist State-owned Economy and Capitalist State-owned Economy*, in *Frontiers of World Socialism Studies...*, a. a. O., Bd. 2, S. 51 ff.

um das chinesische Sozialsystem nach ihnen zu definieren.<sup>125</sup> Damit sind wir wieder einmal auf das Problem der Definition der chinesischen Gesellschaft, und allgemeiner der nachrevolutionären Gesellschaften, verwiesen.

**10. Lösungen des Problems:  
Übergangsgesellschaft, Sozialismus als  
relativ eigenständige Gesellschaftsformation  
und »Primärphase« des Sozialismus**

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden verschiedene Lösungen für das Problem der Definition postrevolutionärer Gesellschaften gegeben.

1. Der Begriff »Übergangsgesellschaft« wird tatsächlich dem notwendigen und zugleich Übergangscharakter der Phase der revolutionären Diktatur gerecht, wie Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* mit zu Recht berühmten Worten beschrieben hat: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*«. <sup>126</sup> Diese Worte waren in der von Lenin in *Staat und Revolution* vorgeschlagenen Auslegung enorm erfolgreich; Lenin machte sie zur theoretischen Grundlage der Notwendigkeit eines revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus und damit der Diktatur des Proletariats als Zwischenphase.<sup>127</sup>

125 Zhou Xincheng, *How to Comprehend Socialism with Chinese Characteristics*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 1057.

126 K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, a. a. O., S. 27; Hervorhebung von Marx.

127 Wladimir Iljitsch Lenin, *Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution*, Verlag 8. Mai. Kritische Neuausgabe, Berlin 2019, S. 242 ff.

Das Konzept der »Übergangsgesellschaft« ist weit verbreitet. Im Allgemeinen ist der Gebrauch dieses Begriffs durch Vorsicht, wenn nicht sogar direkte Skepsis gegenüber der Möglichkeit motiviert, die betreffenden Gesellschaften als »sozialistisch« zu bezeichnen. Aber auch dieser Begriff hat seine Grenzen: die, letztlich tautologisch zu sein (d. h. uns nichts über die von ihm definierte soziale Formation und ihre charakteristischen Merkmale zu sagen), und die, als ziemlich spitzfindig zu erscheinen, wenn er für sehr lange Zeiträume verwendet wird.

2. Eine alternative Lösung ist die Walter Ulbrichts, bis 1971 an der Spitze der Deutschen Demokratischen Republik, für den »*der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab*«; »Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn« gehören zu den »Gesetzmäßigkeiten und Kategorien« dieser Gesellschaftsformation.<sup>128</sup> Ulbricht sieht demnach die Notwendigkeit der Warenproduktion und der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus selbst verwurzelt und weist damit die These eines exogenen Ursprungs zurück.<sup>129</sup>

Es ist interessant zu beobachten, wie Ulbricht hier das Bedürfnis verspürt, sich direkt mit der Gothaer Programmkritik auseinanderzusetzen: »Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den »Muttermalen« des Kapitalismus frei machen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommu-

Der Passus von Marx wird auf S. 242 zitiert und dann kommentiert.

128 W. Ulbricht, *Zum ökonomischen System der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik*, Band 2, Berlin, Dietz, 1969, S. 530, 531; Hervorhebung von Ulbricht.

129 Sehr klar zu dieser Frage die Arbeit von H. Richter, W. Schliesser, *Die Warenproduktion im Sozialismus*, a. a. O., S. 33.

nismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt: infolgedessen »wurden häufig die Kategorien des sozialistischen Ökonomik, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomik ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn und andere), als unvermeidliches »Übel« betrachtet»<sup>130</sup>, statt ihre eigenständige Bedeutung und Wichtigkeit im Kontext des Sozialismus zu verstehen.

3. Die chinesische Lösung besteht darin, zu betonen, dass sich China noch im »Anfangsstadium« (oder der »Primärphase«) des Sozialismus befinde. Diese Formulierung kam 1981 in Umlauf und wurde schließlich 1987 von Deng Xiaoping auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei sanktioniert.<sup>131</sup> Eike Kopf sieht darin eine »schöpferische Weiterentwicklung der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin zur »Periode des Übergangs« – unter chinesischen Bedingungen«. <sup>132</sup> Interessant ist, dass für dieses Anfangsstadium eine genaue zeitliche Begrenzung angegeben wird: es umfasst nämlich das Jahrhundert von 1949 (dem Gründungsjahr der Volksrepublik China) bis 2049, dem Jahr, in dem – nach dem, was im XIII. Parteitag festgelegt und in den folgenden bestätigt wurde – China das Ziel erreichen soll, das Pro-Kopf-Einkommen seiner Einwohner auf das durchschnittliche Niveau der entwickelten Länder zu bringen.<sup>133</sup>

In Übereinstimmung mit den langfristigen Zeithorizonten, die der chinesischen Kultur eigen sind, finden wir bei einigen wichtigen Vertretern des chinesischen Kommunismus für einen Westler überras-

130 W. Ulbricht, *Zum ökonomischen System der Sozialismus ...*, a. a. O., S. 530 f.

131 Vgl. E. Kopf, *Eine chinesische Reformation. Zum Werden eines neuen Zivilisationstyps*, Köln, Papyrossa, 2019, S. 12; Zhang Boying, *Il socialismo...*, a. a. O., S. 87 ff.

132 E. Kopf, *Eine chinesische Reformation ...*, a. a. O., S. 124; vgl. auch S. 106.

133 Vgl. nochmals E. Kopf, *Eine chinesische Reformation ...*, a. a. O., S. 12 u. S. 106.

schende Aussagen: Deng und seine Nachfolger sprechen beispielsweise von der Notwendigkeit der Arbeit von »zwölf Generationen«, um den Sozialismus zu schaffen: »Wir bauen den Sozialismus erst seit einigen Jahrzehnten auf und befinden uns noch immer im Anfangsstadium. Es wird eine sehr lange historische Periode benötigen, um das sozialistische System zu festigen und zu entwickeln, und dies wird den ständigen Kampf vieler Generationen, eines Dutzend oder sogar mehrerer Dutzend Generationen erfordern.«<sup>134</sup>

Für den derzeitigen Präsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, »ist das Anfangsstadium des Sozialismus der reale und wichtigste Umstand im heutigen China.«<sup>135</sup> Und noch einmal: »China befindet sich noch im Anfangsstadium des Sozialismus und wird noch lange dort bleiben.«<sup>136</sup>

Das Konzept des »Anfangsstadiums des Sozialismus« bietet aus der Sicht der chinesischen Kommunisten einen doppelten Vorteil: Einerseits stellt es eine realistische Anerkennung der noch relativ rückständigen Verhältnisse des Landes dar (und vermeidet den unplausiblen Triumphalismus, der das Konzept der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« kennzeichnete, das in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas seit den 70er Jahren in Mode kam)<sup>137</sup>; andererseits erlaubt es, die Spannung zwischen den erziel-

134 Deng Xiaoping, *Excerpts from talks given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai* [1992], in *Selected Works of Deng Xiaoping*, Bd. III (1982–1992), Beijing, Foreign Languages Press, 1994, S. 367. Der Text wird zitiert in Xi Jinping, *The Governance of China*, a. a. O., S. 14.

135 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 12.

136 Ebd., S. 48. Dieselbe Feststellung auch in Xi Jinping, *The Governance of China*, a. a. O., S. 38.

137 Eine der ausführlichsten Darstellungen dieser Konzeption findet sich in einem Werk, das das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED war: *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Wesen und Kriterien, Kritik revisionistischer Konzeptionen*, hg. Von G. Gleserman u. O. Reinhold, Berlin, Dietz Verlag, 1973, 1976 (2. Aufl.). Diese Konzeption impliziert eine Zäsur innerhalb dessen, was für Ulbricht eine einheitliche sozialökono-

ten Ergebnissen und dem allgemeineren Horizont offen zu halten. Diese Beziehung ist bei Xi Jinping sehr deutlich. Der Hinweis, dass »alle Parteimitglieder bedenken müssen, dass das, was wir aufbauen, ein Sozialismus mit chinesischen Merkmalen ist, und sonst nichts«<sup>138</sup>, ist verbunden mit der Notwendigkeit – worauf Xi Jinping bei anderen Gelegenheiten besteht – den Kommunismus als »ultimativen Horizont« zu erhalten, ohne ihn als »Illusion« zu betrachten.<sup>139</sup> Es ist freilich die in der kommunistischen Tradition des 20. Jahrhunderts übliche (und seit 1922 in der Kommunistischen Partei Chinas gebräuchliche) Dialektik zwischen »Minimalprogramm« und »Maximalprogramm«<sup>140</sup>, wobei das Ziel des Maximalprogramms, der Kommunismus, in keiner Weise einer Illusion oder Utopie gleichgesetzt werden kann.<sup>141</sup>

mische Formation war: »ein klares Programm zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR« wurde 1971 vom VIII. Parteitag der SED formuliert, dem ersten der Honecker-Ära (ebd., S. 55); auf diesem Parteitag bestand Erich Honecker, unter Berufung auf die *Kritik des Gothaer Programms*, darauf, das es »keine starre Grenzlinie« zwischen Sozialismus und Kommunismus gebe, und fügte hinzu: »Auf der Grundlage der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer materiell-technischen Basis wächst die sozialistische Gesellschaft allmählich in die kommunistische« hinüber (zitiert ebd., S. 55 f.).

138 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 37.

139 Xi Jinping, *The Governance of China*, a. a. O., S. 155. An anderer Stelle wird diese Notwendigkeit ausdrücklich verbunden mit der institutionellen Verfasstheit der Volksrepublik China: die Erfahrung der UdSSR lehre, dass die marxistischen Parteien zusammenbrechen, »wenn sie ihren Glauben an den Marxismus, den Kommunismus und Sozialismus aufgeben« (ebd., S. 355).

140 Sh. dazu Zhang Boying, *Il socialismo...*, a. a. O., S. 65 f.

141 Zhu Jiamu, *Several Issues...*, a. a. O., S. 19.

## 11. Fazit

In dem kürzlich erschienenen Buch über China von Remy Herrera und Zhiming Long wurde diese Definition der sozialökonomischen Formation Chinas vorgeschlagen: »*Markt-Sozialismus oder Sozialismus mit Markt*, in dem die Rolle der zentralen Planung entscheidend bleibt«. <sup>142</sup> Dies sind die Merkmale der chinesischen Wirtschaft, die diese Definition unterstützen:

1. Wirtschaftliche Planung
2. Ziemlich umfangreiche öffentliche Dienstleistungen
3. Öffentliches Eigentum an Land und natürlichen Ressourcen
4. Diversifizierte Eigentumsformen
  - a. Öffentliche Unternehmen
  - b. Individuelles Kleineigentum
  - c. Genossenschaften
  - d. Kapitalistisches Eigentum im eigentlichen Sinne
5. Kontrolle des Bankensystems und der Finanzmärkte (mit teilweiser Öffnung seit 2005), insbesondere durch eine nicht unabhängige Zentralbank, die die Zins- und Mindestreserveanforderungen kontrolliert.

Andererseits verortet Branko Milanović in seinem Buch *Capitalism, alone* China anhand der folgenden Kriterien unter den kapitalistischen Ländern: »Um als kapitalistisch zu gelten, muss eine Gesellschaft so beschaffen sein, dass der Großteil ihrer Produktion mit privaten Produktionsmitteln (Kapital, Land) erfolgt, die meisten ihrer Werk tätigen Lohnarbeiter\*innen sind (weder gesetzlich an den Boden gebunden noch in der Lage, mit ihrem eigenen Kapital als Selbständige zu arbeiten), und die meisten Entscheidungen bezüglich der Produktion und der Preisgestaltung dezentralisiert getroffen werden (d. h. sie niemand den Unternehmen aufzwingt).« China sei, so

142 R. Herrera, Z. Long, *La Chine...*, a. a. O., S. 132.

Milanović, gemäß aller drei Kriterien kapitalistisch.<sup>143</sup> In Wahrheit ist es im Lichte des oben Dargestellten zu bezweifeln, dass der größte Teil der chinesischen Produktion mittels privater Produktionsmittel erfolgt, während tatsächlich die Mehrheit der Werk tätigen für Lohn arbeiten (obwohl viele von ihnen für nicht-kapitalistische Unternehmen tätig sind); was das letzte Kriterium betrifft, sind wir wirklich sicher, dass die dezentrale Preisfestsetzung uns daran hindert, eine Gesellschaft »sozialistisch« zu nennen? Die Definition von Rémy Herrera und Zhiming Long ist meines Erachtens richtiger als die von Milanović, auch wenn es sich offensichtlich um eine Momentaufnahme handelt, die uns zeigt, wo China heute ist, und nicht, wo es morgen sein wird.

Aber es gibt noch einen anderen Maßstab zur Beurteilung der chinesischen Situation: Es ist der Vergleich mit der Definition des Sozialismus, die von dem vorgeschlagen wurde, der die Politik der Reformen und der Offenheit eingeleitet hat. Für Deng Xiaoping »ist das Wesen des Sozialismus die Entfesselung und Entwicklung der Produktivkräfte, die Beseitigung von Ausbeutung und Polarisierung und die letztendliche Erreichung von Wohlstand für alle.«<sup>144</sup>

Wie ist die Lage hinsichtlich dieser Ziele? Der erste Aspekt ist grundlegend und für Deng eng mit der Beseitigung der Armut verbunden. Man könnte sagen, dass der Grund für Dings Wende die Idee sei, dass »die grundlegende Aufgabe des Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte« ist, verbunden mit der Beobachtung des niedrigen Entwicklungsniveaus der Produktion und der Produktivkräfte, die nicht in der Lage sind, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen.<sup>145</sup> Für Deng gilt: »Armut ist kein Sozialismus ... Sozialis-

143 B. Milanović, *Capitalism, alone...*, a. a. O., S. 87.

144 Deng Xiaoping, *Excerpts...*, a. a. O., S. 361; zitiert in Xi Jinping, *The Governance of China*, a. a. O., S. 14.

145 Zitiert in Su Wei, *How to understand socialism? The foundation of »our ancestor«, Deng Xiaoping's answer and Xi Jinping's new thinking*, in AA.VV, *The 7th World Socialism Forum*, a. a. O., S. 727–731, hier S. 729.

mus bedeutet die Beseitigung der Armut. Wenn ihr keine Produktivkräfte entwickelt und den Lebensstandard der Menschen nicht erhöht, könnt ihr nicht sagen, dass ihr den Sozialismus aufbaut.«<sup>146</sup> Mehr noch: Die zurückgebliebene Entwicklung der Produktivkräfte ist für Deng der »Hauptwiderspruch« in der ersten Phase des Sozialismus, in der sich China befindet.

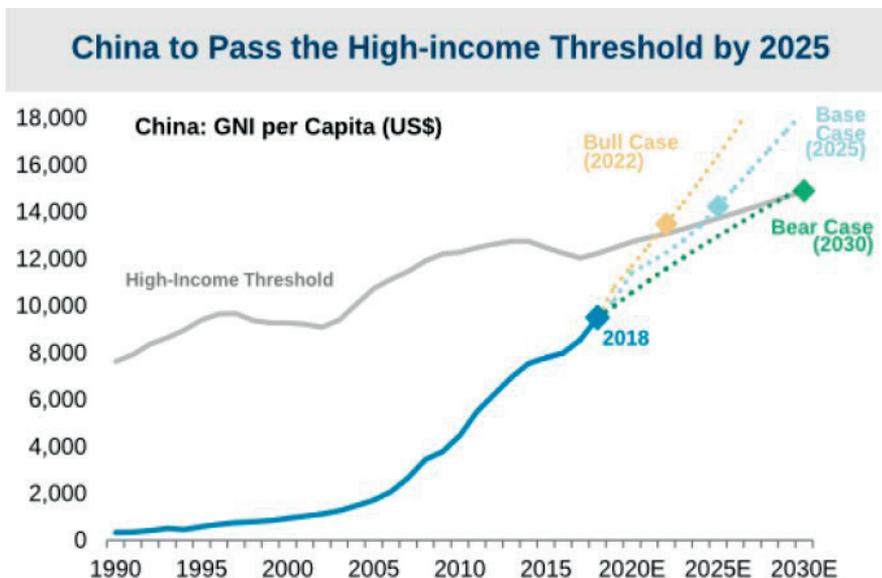
Was die Entwicklung der Produktivkräfte betrifft, so sind die seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik erzielten Ergebnisse wohl einmalig in der Weltgeschichte. Dasselbe gilt für die Beseitigung der Armut, auch wenn das Ziel »Wohlstand für alle« noch in weiter Ferne liegt. Dennoch scheint es, dass China bis 2025 ein wichtiges Ziel übertroffen haben wird, das nicht auf Parteitagungen festgelegt, sondern von Finanzanalysten genannt wurde: den Eintritt in den Kreis der Länder mit hohem Einkommen. Die nachstehende Grafik zeigt die jüngsten diesbezüglichen Prognosen der Investmentbank Morgan Stanley.<sup>147</sup>

Das schmerzliche Thema bleibt die »Beseitigung von Ausbeutung und Polarisierung«: Insbesondere die Ungleichheit bleibt, obwohl sie in den letzten Jahren leicht zurückgegangen ist, auf einem sehr hohen Niveau, das von der chinesischen Führung selbst als unakzeptabel angesehen wird.

Das oben Gesagte erfordert einige abschließende Fragen. Die erste kann wie folgt formuliert werden: Muss China als ein Land im Übergang zu einem bereits in anderen Ländern bestehenden Modell oder eher als ein eigenständiges Modell (im Sinne eines sozioökonomischen Musters) betrachtet werden? Die richtige Antwort auf

146 Deng Xiaoping, We shall expand political democracy and carry out economic reform [1985], in *Selected Works...*, a. a. O., S. 122; zitiert in Xi Jinping, *The Governance of China*, a. a. O., S. 5.

147 R. Xing, J. Zheng, Z. Cai, *China Economics – Investor Presentation. The Coming Cyclical and Structural Inflection Points*, Morgan Stanley Research, 26. April 2019, S. 19. Diese jüngsten Prognosen sind der Erreichung des von derselben Quelle zwei Jahre zuvor genannten Ziels um zwei Jahre früher nahe gekommen: vgl. *Why we are bullish on China*, Morgan Stanley Research, 13. Februar 2017, S. 6.



diese Frage ist wahrscheinlich die zweite.<sup>148</sup> Wenn dem so ist, zwingt uns die Vertiefung dieses Experiments dazu, die Kategorien neu zu formulieren, innerhalb derer wir die Konfrontation Kapitalismus – Kommunismus/Sozialismus und die Konkurrenz zwischen den beiden Systemen (die *Systemfrage*) zur Zeit des Kalten Krieges gedacht haben.

Wenn das »Handelsblatt« heute die »Systemfrage« für wiedereröffnet erklärt, so tut es dies auf der Grundlage dessen, was für das Blatt »Chinas unheimlicher Erfolg mit dem Staatskapitalismus« ist.<sup>149</sup> Auch Branko Milanović lehnt die Bezeichnung »Sozialismus« für die chinesische Gesellschaft ab, sieht aber eine Konfrontation mit ungewissem Ausgang zwischen verschiedenen Modellen, vor allem zwi-

148 Ich teile hier die Auffassung von S. Seu, *La politica agricola nelle aree rurali*, in *La Cina della Nuova Era*, a. a. O., S. 97.

149 N. Bastian, D. Heide, Sha Hua, J. Münchrat, »Das Peking-Paradox ...«, a. a. O.

schen dem, was er »meritokratischen liberalen Kapitalismus« nennt, und dem chinesischen »politischen Kapitalismus«. <sup>150</sup>

Das Thema der Konkurrenz zwischen den Systemen wird zwar allgemein unter dem Radar gehalten, fehlt aber auch in den chinesischen Überlegungen nicht mehr. Für Xi Jinping haben Reformen und Öffnung es möglich gemacht, »eine schnelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung und komparative Vorteile im Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu erreichen«. <sup>151</sup> An anderer Stelle besteht er auf der Notwendigkeit »kontinuierlicher Reformen und Innovationen, die den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen effizienter als den Kapitalismus machen, was die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte angeht ..., um komparative Vorteile im Wettbewerb zu erzielen und die Überlegenheit des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen voll zu demonstrieren«. <sup>152</sup> In neueren Reden fällt der Akzent stattdessen auf die Möglichkeit, die mechanische Nachahmung anderer Modelle zu vermeiden. <sup>153</sup> Darüber hinaus hat Xi Jinping mehrmals offen die neuen und komplexen Herausforderungen der chinesischen Wirtschaft angesprochen. <sup>154</sup> Diese Herausforderungen werden natürlich kompliziert durch den derzeitigen Wirtschaftskrieg mit den Vereinigten Staaten unter Trump sowie durch den unzureichenden Beitrag der Länder der Europäischen Union, insbesondere der Eurozone, zum weltweiten Wachstum.

Jedenfalls entwickelt sich das chinesische Modell sicherlich weiter. Wohin wird diese Entwicklung führen? Niemand kennt die Antwort auf diese Frage. Aber eins ist sicher: Sie kann nicht die sein, die

150 Auf den letzten Seiten des Buchs von Milanović wird, neben anderen Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus, auch eine Konvergenz zwischen den beiden Modellen nicht ausgeschlossen: B. Milanović, *Capitalism...*, a. a. O., S. 217 f.

151 Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 108.

152 Ebd., S. 117.

153 Xi Jinping, *The Governance of China...*, a. a. O., S. 373.

154 Siehe z. B. Xi Jinping, *Governare la Cina...*, a. a. O., S. 87, und neuerdings die Reden zur »neuen Normalität der wirtschaftlichen Entwicklung«, in Xi Jinping, *The Governance of China...*, a. a. O., S. 251–308.

viele Anfang der 1990er Jahre gaben, als Ideologen wie Francis Fukuyama glaubten, man könne von einem »gemeinsamen Evolutionsmodell für *alle* menschlichen Gesellschaften« sprechen, von »einer kohärenten und richtungsweisenden Geschichte, die am Ende die große Mehrheit der Menschheit zur liberalen Demokratie« und »ihrem Begleiter, dem Wirtschaftsliberalismus« führen werde.<sup>155</sup>

*Übersetzung aus dem Italienischen:  
Hermann Kopp*

155 F. Fukuyama, *La fine della storia e l'ultimo uomo* [1992], Milano, Rizzoli, 1992, S. 70, 11, 69.



Vom Autor ebenfalls lieferbar:

**Vladimiro Giacché**  
**Lenins ökonomisches Denken**  
**nach der Oktoberrevolution**

Neue Impulse Verlag Essen,  
2. Auflage Januar 2019,  
144 Seiten, 9,80 Euro  
ISBN 978-3-96170-018-9

## **Impressum**

*Herausgeber:* Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18 – 45127 Essen – Tel.: 0201 | 23 67 57

([www.neue-impulse-verlag.de](http://www.neue-impulse-verlag.de))

*V.i.S.d.P.:* Lothar Geisler

*Layout:* Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen ([www.k-mw.de](http://www.k-mw.de))

*Titelgrafiken:* Michael Sammler

ISBN 978-3-96170-032-5

Schutzgebühr 5,- Euro

zzgl. 2,- Euro Versand bei Einzelbestellung

ISBN 978-3-96170-332-6 eBook

ISBN 978-3-96170-632-7 ePDF